
Nr. 383
12.7.1996
INTERIM
Wöchentliches Berlin-Info
adidas
So Kuhl!
INTERIM
auswärts
3 DM
Wöchentliches Berlin-Info
2 50 DM
und so pc

Hallo zusammen
!
Zuerst eine Ankündigung und Aufforderung in eigener Sache. Es soll nach der Sommerpause ein Schwerpunktheft zum Thema "Stadt(entwicklung)" geben. Wenn ihr dazu Texte findet oder noch besser selbst schreibt, insbesondere zu Kämpfen und Widerständen, dann schickt sie uns zu.
Trotz der Entlassung von Safwan Eid findet der bundesweite Aktionstag zum Prozeß in Lübeck statt, eure Ideen in den verschiedenen Städten sind also gefragt.
Die Broschüre von Männergruppen zu ihrem Umgang mit einem Vergewaltiger konnten wir aufgrund ihres Umfanges nicht abdrucken (wieder einmal lohnt der Weg zum Ordner), aber vielleicht könntet ihr uns eine Zusammenfassung eurer Diskussionen schicken.
Gelinde gesagt verwundert waren wir über die "Erfolgsmeldungen" in den Nachbereitungspapieren zur Anti-Nato-Demo und zum 1.Mai. So staunten wir über den Fototermin am Ende der Anti-Nato-Demo, den die "organisierten Strukturen" mit der Bullenkette inszenierten und der nach erfolgtem Blitzlichtgewitter flugs auf dem Bürgersteig endete, während die "Unorganisierten" dachten: Ente oder Trente.
Auch wenn es sich die FARAs noch so wünschen: eine gemeinsame 1.Mai -Demo mit den maoistischen/stalinistischen Grüppchen wäre unserer Meinung nach gegenüber diesem Jahr ein Rückschritt.

im ewigen frösteln wünschen wir euch gute Antidepressiva oder einen schönen Urlaub.

Ordner:
Aktionstag gegen Verknastung und Ausgrenzung in Basel
Redebeitrag zur Knastdemo in Karlsruhe
Artikel zur Anti-Uni-Woche
Umgang mit Vergewaltiger / Täterschutz (Broschüre 15 Seiten)

Gehalt:



Eigentumsvorbehalt:
Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist diese Zeitung solange Eigentum der AbsenderIn, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, der AbsenderIn mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Impressum

HerausgeberIn:
Interim e.V.
Gneisenaustr. 2a
10 961 Berlin

Redaktionsanschrift:s.o.

V.i.s d.P.: Charlotte Schulz

Gesamtherstellung:
Eigendruck im Selbstverlag

Schluß mit den rassistischen Ermittlungen! Bundesweiter Aktionstag zum Prozeß in Lübeck

Am 18. Januar '96 sterben bei einem Brandanschlag auf eine Flüchtlingsunterkunft in der Hafenstraße in Lübeck 10 Menschen, 38 weitere werden verletzt, einige von ihnen schwer.
2 Tage später, am 20. 1., wird der 21 - jährige Flüchtling aus dem Libanon, Safwan Eid, wegen „dringenden Tatverdachts auf 10-fachen Mord, versuchten Mordes an weiteren 38 Menschen und der besonders schweren, heimtückischen Brandstiftung aus niederen Beweggründen " festgenommen und sitzt seitdem in Einzelhaft isoliert.
Beweise gibt es nicht; einzige Grundlage des Verdachts ist die Aussage eines Sanitäters, die er erst 2 Tage nach dem Anschlag - nach Ausschreibung einer Belohnung für die Ergreifung der Täter - macht!
Die Staatsanwaltschaft startet daraufhin im Zuge mit den Medien eine Verleumdungskampagne gegen die Flüchtlinge in der Hafenstraße, um sie als Täter zu diffamieren und Tatmotive zu konstruieren.
Durch die Erfindung haarsträubender Geschichten, wie z.B. Eifersuchtsdramen zwischen Safwan und einem anderen Hausbewohner, Streit mit seinem Vater, Streit zwischen Afrikanern und Arabern etc., werden die Flüchtlinge öffentlich beschuldigt und diffamiert.

Dagegen werden 3 als Faschisten bekannte Männer, die in der Brandnacht in unmittelbarer Nähe der Unterkunft kontrolliert worden und erst Stunden später in Grevesmühlen festgenommen worden waren, bereits am Freitag abend, nach wenigen Stunden, mit einem Alibi der Polizei als Begleitschutz wieder entlassen.
Seither wurde offiziell nicht mehr gegen sie ermittelt.

Am 20. Juli ist der halbjährliche Haftprüfungstermin von Safwan Eid vor dem Oberlandesgericht Schleswig.

Ihm wird nun in einer 100-seitigen Anklageschrift „besonders schwere Brandstiftung und fahrlässige Körperverletzung" vorgeworfen.
Schon alleine die Rücknahme der ursprünglichen Anklage -die angeblichen Tatmotive Safwans waren nicht zu halten - zeigt die dünne Beweislage der Staatsanwaltschaft.:

- ***Die Brandursache ist nach wie vor nicht geklärt.***
- ***Es existieren 3 Aussagevarianten des belastenden Hauptzeugen (des Sanitäters).***
- ***Die überlebenden Flüchtlinge weisen durch Presseerklärungen darauf hin, daß ihre Aussagen und die von Safwan von den Medien verfälscht worden sind.***
- ***Die Grevesmühlener Nazi-Skinheads geraten wieder ins öffentliche Blickfeld, da von Anfang an bestehende Widersprüche in ihren Aussagen von den Medien aufgegriffen werden (z.B. „Brandspuren im Gesicht")***

Das einseitig aufgebaute Bild von Safwan als einziger Tatverdächtigter, das vor allem von der Staatsanwaltschaft und den Medien von Anfang an propagiert wurde, bröckelt.
Unserer Einschätzung nach wurde auf höchster politischer Ebene eine Entscheidung getroffen, daß Deutsche nicht die Täter (von Lübeck) sein dürfen. Denn es gibt natürlich ein äußerst schlechtes Bild im Ausland ab, wenn ausgerechnet vor dem geplanten Gedenktag des Holocaust ein faschistischer Brandanschlag verübt wurde.

Die Untersuchungshaft stellt für Safwan Eid eine große Belastung dar. Trotzdem ist er davon überzeugt daß er seine Unschuld beweisen kann.

Er hofft auf unsere Hilfe!

Wir rufen euch dazu auf, für den bundesweiten Aktionstag am 20.7. (2. Haftprüfungstermin) zu mobilisieren und folgende Forderungen der Flüchtlinge aus Lübeck zu unterstützen:

- **Freiheit für Safwan!**
- **Bleiberecht und sicherer Aufenthaltsstatus für alle von dem Anschlag betroffenen Flüchtlinge !**
- **Keine Abschiebung der Familie Eid! (Viktor Attey, eines der Brandopfer, wurde bereits abgeschoben!)**
- **Angemessene materielle Entschädigung, menschenwürdige Unterbringung und psychologische/ ärztliche Betreuung der Opfer !**
- **Öffentliche Entschuldigung der Medien für deren Verleumdungen gegenüber den Flüchtlingen!**
- **Die Einstellung der rassistischen einseitigen Ermittlungen gegen Safwan und die Flüchtlinge, die Anerkennung ihrer Aussagen und Beobachtungen und endlich die Suche nach den wahren Tätern!**

Da wir gegen eine Übermacht der Medien ankämpfen müssen, kommt es darauf an, möglichst unterschiedliche Aktionsformen in einem breiten gesellschaftlichen Rahmen umzusetzen!
Also, angesagt ist alles von Kundgebungen, Demos, Infostände und Transparente in der Innenstadt, auf Stadtfesten, bei Konzerten etc., Straßentheater bis hin zu Blockaden, Besetzungen und andere Aktionen vor bzw. in strategisch wichtigen Ämtern, Institutionen, Parteien...
Eurer Phantasie sind keine Grenzen gesetzt!

Wenn ihr weitere Hintergrundinformationen wollt, meldet euch bei:

„AG zu den rassistischen Ermittlungen"
beim Antirassistischen Telefon Hamburg
c/o Haus für Alle
Amandastraße 58
20357 Hamburg
Tel: 040 / 431587
Fax: 040 / 4304490

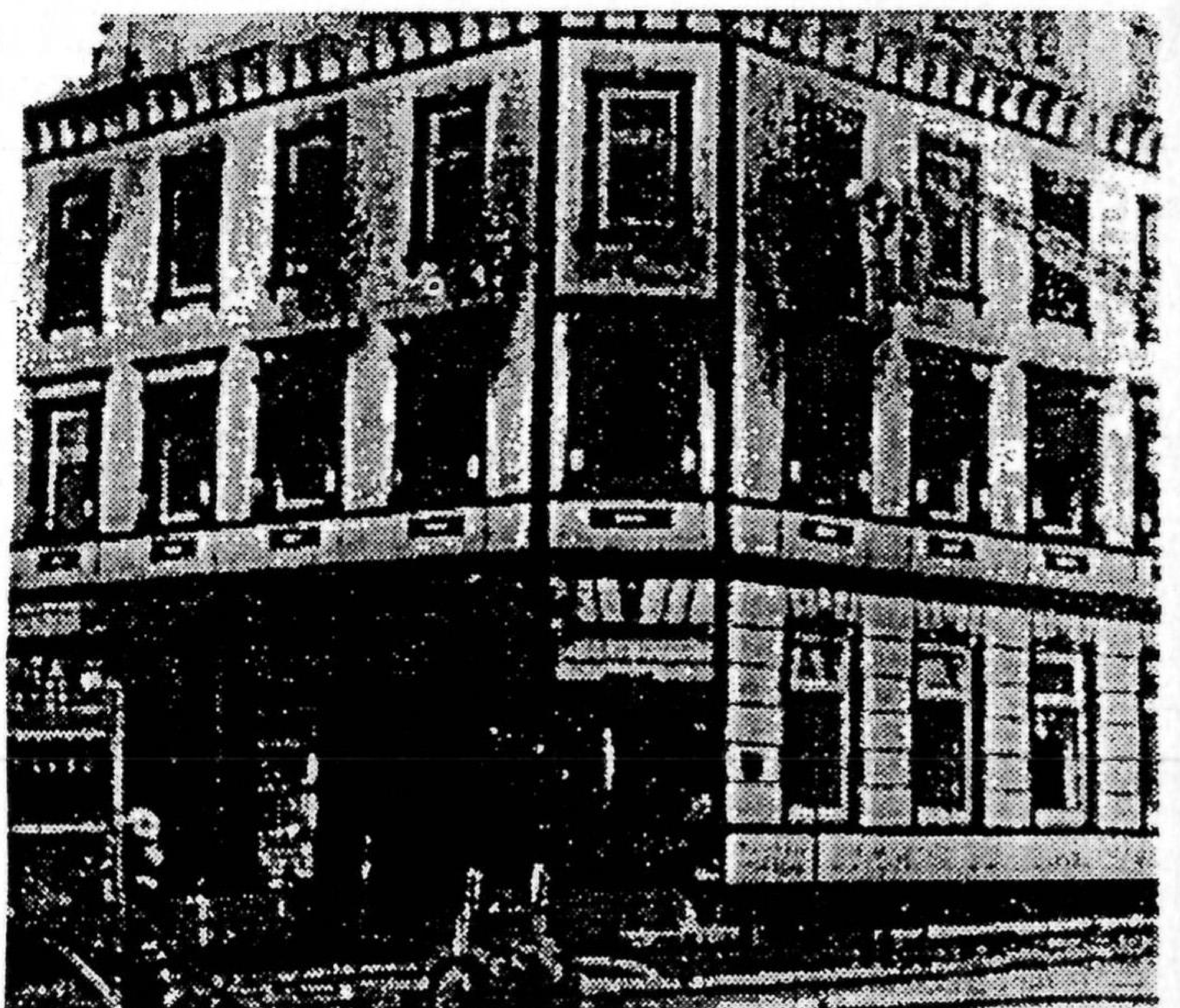
AntiApartheidsGruppe Kiel
c/o Arbeitsloseninitiative
Iltisstraße 34
24143 Kiel
Tel: 0431 / 732635,
• Do 20-23 Uhr

Antifa - Telefon
c/o Lübecker Bündnis gegen Rassismus
Willy - Brandt - Allee 9
23554 Lübeck
Tel./Fax.: 0451 / 7020748

Die Täter sind überall . . .

„Bei 80 Millionen potentiellen Tätern geht es nicht um die berühmte Suche nach der Nadel im Heuhaufen, sondern um die Suche nach der Nadel im Nadelhaufen." (Café Morgenland)

Safwan Eid ist frei.



Nachdem die Staatsanwaltschaft das Verfahren wegen des Brandanschlages auf das Lübecker Flüchtlingsheim in der Neuen Hafenstraße am 18. Januar diesen Jahres an die Jugendstrafkammer abgegeben hat, hat die zuständige Richterin entschieden, daß es keine Grundlage für die weitere Inhaftierung von Safwan Eid gibt, da die Aussage des Hauptbelastungszeugen nicht glaubwürdig ist.

Mehr als fünf Monate mußte Safwan Eid in Untersuchungshaft sitzen, da die Staatsanwaltschaft ein Alibi für die Deutschen konstruierte, das da hieß: Safwan Eid soll das Feuer in dem Heim gelegt haben, dem 10 Menschen zum Opfer fielen und bei dem mehr als 38 Flüchtlinge zum Teil schwer verletzt wurden.

Nach dem ersten Aufschrei, den der Brandanschlag, der im Anschluß an den Besuch des israelischen Staatspräsident Weizmann verübt wurde, in der Weltöffentlichkeit verursachte, brauchte es eine andere Tatversion, sprich einen Nicht-deutschen Täter.

Der gesittetere Teil Deutschlands atmete nach der Verhaftung von Safwan volksgemeinschaftlich erleichtert auf: „Gut, daß es keine Deutschen waren". Jede Lüge war willkommen, weitere Schmäh von der Volksgemeinschaft fernzuhalten.

In linken Kreisen hemmte die Nachricht, es sei keine Tat von Deutschen, direkte Aktionen.

Der stumpfe Stammtischrassist hingegen verfasste in den nächsten zwei Wochen unter so phantasievollen Namen wie 'Kampfbund zur Reinhaltung deutschen Bodens E.V.' 1.000 Haßbriefe für Lübecks Bürgermeister à la: „Schmeiß die Niggerschweine raus oder du bist bald ein mausetoter Bürgermeister." (taz 14.02.96)

Kurzfristig kam es selbst von Verantwortlichen sowohl auf kommunaler als auch auf staatlicher Seite zu richtig emotionalen Ausbrüchen.

Unglaubhaft schnell nach der Verhaftung von Safwan Eid hatten die Ermittler eine vollständige Übersicht über die Situation: Safwan habe den Brand im 1. Stock des Gebäudes gelegt und brennendes Benzin sei ins Erdgeschoß geflossen. Streitereien unter den HeimbewohnerInnen sei das Motiv gewesen. Um Zeit zu schinden und Ruhe nach der ersten Aufregung einkehren zu lassen, wurde für mehrere Wochen eine Nachrichtensperre verhängt. Parallelen drängen sich geradezu auf. Wie in Bad Kleinen, wo es nach der Hinrichtung von Wolfgang Grams ebenfalls sofort eine Tatversion gab, von der bis heute - trotz aller Ungereimtheiten - nicht abgewichen wird, hält die Lübecker Staatsanwaltschaft an Safwan als Täter fest und hat Einspruch gegen die Entscheidung der Jugendrichterin eingelegt.

Der Prozeß gegen Safwan Eid soll Ende August, Anfang September stattfinden. Bis November sollen alle Flüchtlinge, die den Brandanschlag überlebten, abgeschoben sein.

So nicht! Wir fordern:

☆ Freiheit für Safwan Eid - und zwar sofort!
☆ Ein unbegrenztes Bleiberecht für alle Flüchtlinge!
☆ Stopp der Abschiebemaschinerie!

. . . auf nach Grevesmühlen!

Die vier Jugendlichen aus der rechten Szene der nordwestmecklenburgischen Kleinstadt Grevesmühlen, wurden nur kurze Zeit nach Ausbruch des Feuers in der Nähe des Tatorts festgenommen und gleich wieder laufen gelassen.

Über die ursprünglichen Ermittlungen gegen die vier festgenommenen Jugendlichen aus Grevesmühlen herrscht vollkommene Geheimhaltung: trotz der Tatsache, daß ihre Augenbrauen, bzw. Haaransätze angesengt waren, als sie verhaftet wurden, gab es für die Freilassung nur den kurzen Kommentar, sie hätten gestanden, Autos geklaut zu haben, die sie z. T. auch angezündet hätten. Alle Nachfragen, ob denn gegen die Vier wegen Autodiebstahl u. a. ermittelt würde, werden nicht beantwortet. Auch daß die vier in der rechten Szene keine Unbekannten sind, sich einer den Spitznamen „Klein-Adolf" zugelegt hat und sie sich inzwischen die unterschiedlichsten Geschichten für die angesengten Augenbrauen ausgedacht haben, spielt keine Rolle. Die Reaktion der GrevesmühlenerInnen darauf, daß „ihre Jungs", „ihre Söhne" angeblich die Brandstifter von Lübeck gewesen sein sollen, sprechen Bände: sie können sich in ihr Grevesmühlen zurückziehen und werden von allen Seiten gedeckt. Denjenigen, die sich schützend vor „ihre Kinder" stellen, gehen die Toten von Lübeck und das Schicksal der Überlebenden am Arsch vorbei.

Grevesmühlen steht - exemplarisch - für den rassistischen Normalzustand in diesem Land. Pogrome, zig Tote und Hunderte Verletzte, tägliche Angriffe auf MigrantInnen, das ist die eine Seite. Die andere Seite sind die Grevesmühlener Jugendliche, die nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen offen dazu standen, dabei gewesen zu sein.

Das Lichterketten-Schauspiel ist ausgereizt, Massenabschiebungen aus den modernsten Abschiebeknästen gehen ohne nennenswerten Widerstand über die Bühne, der Mob soll sich zurückhalten.

Diese Ordnung gilt es, zu stören!

Die Täter von Lübeck sitzen überall, wo sich dumpfer Rassismus mit stillschweigendem Wegsehen paart, wo deutsche Interessen, das gefüllte eigene Portemonnaie über allem anderen stehen.

Die Brandstifter sitzen nicht (nur) in Bonn!

Deshalb fahren wir nach Grevesmühlen.

Es hätte auch jedes andere Dorf, jede andere Stadt in Deutschland sein können. Es gibt genügend Beispiele, in denen RassistInnen, alte und neue Nazis von ihren MitbürgerInnen und Nachbarn geschützt und alle, die an der Fassade zu kratzen wagen, mit Haßtiraden überschüttet werden.

Auch deshalb fahren wir nach Grevesmühlen.

Bringen wir ihnen unsere Wut und unseren Haß!

Den TäterInnen auf die Pelle rücken!

Scheiß Deutschland!

Demonstration in Grevesmühlen
Samstag, 31. August 1996
13.00 Uhr ab Bahnhof

Kontakt über: Anti-Repressionsbüro c/o PDS Diefenbachstraße 33 10967 Berlin Fax: 0 30 / 6 94 93 54

no name, aus div. Gruppen (MigrantInnen / Deutsche) bestehende Berliner Vorbereitungsgruppe

WEITERGEBEN WEITERGEBEN WEITERGEBEN WEITERGEBEN

Hallo,

mitten in die Vorbereitung zu einer zweiten Demonstration in Grevesmühlen platzte die Nachricht, daß Safwan Eid frei ist, der Prozeß aber trotzdem stattfindet und zwar Ende August, Anfang September. Da alle Flüchtlinge aus dem ehemaligen Heim in der Lübecker Hafenstraße akut von Abschiebungen bedroht sind und Oberstaatsanwalt Schulz nach wie vor versucht durchzusetzen, daß Safwan für den Brandanschlag verurteilt wird,

demonstrieren wir am

31. August 1996
in Grevesmühlen

Wir haben uns nach dem Brandanschlag in Lübeck zusammengesetzt und überlegt, was wir für die Freilassung von Safwan Eid tun können. Eine erste Demonstration in Grevesmühlen hat es bereits am 20. 1. 96 von der Gruppe Café Morgenland gegeben. Wir finden es richtig, noch einmal dorthin zu mobilisieren, wo die vier Rechten herkamen, die nach dem Brandanschlag kurzfristig festgenommen und gleich wieder laufengelassen wurden. Warum und wieso könnt ihr dem Aufruf entnehmen. Außer der Demonstration soll es von unserer Seite auch noch eine Plakatserie u. a. geben.

Wenn ihr zusammen mit uns nach Grevesmühlen fahren wollt, dann macht doch einfach folgendes:

Schickt uns dieses Blatt mit Eurem Gruppennamen und einer Adresse, wie wir euch erreichen können - wenn's geht leserlich - **bis ca. zum 1. August 96 an folgende Adresse:**

Vorbereitungsgruppe Grevesmühlen
c/o Anti-Repressionsbüro
c/o PDS
Dieffenbachstr. 30

10967 Berlin

Fax: 0 30 / 6 94 93 54

zurück. Wenn es genügend Rücklauf aus unterschiedlichen Städten gibt, werden wir noch für ca. **Mitte August ein Städtetreffen** organisieren, wo wir uns über Route, Inhalt und Form der Demo, Stand der Aktivitäten, etc. unterhalten können. Von Berlin aus werden wir auf jeden Fall in Bussen kommen.

Wichtig wäre es sicherlich schon vorab, **den Aufruf möglichst breit zu streuen**, also wenn Ihr Kontakt zu Stadtteilzeitungen, u. ä. habt, Kopie gemacht und nichts wie hin damit.

1000 Dank.

no name, aus div. Gruppen (MigrantInnen / Deutsche) bestehende Berliner Vorbereitungsgruppe

---

Yes, wir unterstützen die Demo und rufen mit auf zur Demo nach Grevesmühlen:

Name ______________________

Anschrift ______________________

o und fänden es gut, wenn es zwecks Koordinierung ein Städtetreffen gäb

Veranstaltung zum Brandanschlag in Lübeck am 26.7.96 in Freiburg

Zu den Ermittlungsmethoden nach dem Lübecker Brandanschlag und zu der Praxis der rassistischen Verurteilung durch die Medien findet am 26.7.96 in Freiburg eine Veranstaltung statt.
VertreterInnen aus Kiel, Lübeck, und Hamburg berichten über die exemplarischen Vorverurteilungsstrategien durch die Staatsanwaltschaft und dem Großteil der Medien -
und über den Sinn, dagegen frühzeitig Gegenpunkte und Ermittlungen aufzubauen.

Habsburger Fabrik in Freiburg, 26.7.96, 20.00

aufgerufen haben Antifa Freiburg, Südbadisches Aktionsbündnis gegen Abschiebungen (SAGA)

Trotz Freilassung von Safwan Eid hält das Gericht nach wie vor einen hinreichenden Tatverdacht für gegeben und hat deshalb die Anklageschrift der Staatsanwaltschaft zugelassen. Gleichzeitig kündigt die Ausländerbehörde der liban. Familie Eid die mögliche Abschiebung in den Libanon an....

--

Nigeria-Symposium

"Der Kaiser und der Kritiker"

Themen

Die Militärdiktatur in Nigeria und die Unterdrückung der oppositionellen Demokratiebewegungen
Die westlichen Industrienationen und die Diktatur
Der deutsche Staat und die Situation von Asylbewerbern aus Afrika in Thüringen

Workshop: Solidaritätsinitiativen und Unterstützung für nigerianische Opfer der Militärdiktatur

Vom 27. bis 28. Juli 1996
Universitätsneubau,
Jena, Carl-Zeiss-Str. 3,
Eröffnung um 10.00 Uhr

Teilnahmebeitrag:
ermäßigt: 10,- DM
normal: 20,- DM
Asylbewerber frei !

☏ 03641/449304

The Voice — *"the force of the mind"*

Diese Veranstaltung wird unterstützt von:
Studentenrat der FSU Jena, JAPS, DGB, Alternative 54 e.V. Erfurt, Rosenkeller, Kassablanca, Bündnis 90/Die Grünen, ak Nigeria Dritte Welt Infozentrum Oldenburg, New Forum London, Initiative für Offene Grenzen-gegen Abschiebung und Sondergesetze Oldenburg, Infoladen "Luccicolla" Jena, Winzerclub Jena.

Zwei tote Algerier im Knast Wehlheiden (Kassel)

In der Nacht zum Pfingstsonntag starben zwei algerische U-Häftlinge bei einem Brand im Krankenhaus der JVA Wehlheiden. Für die Anstaltsleitung war schon am Sonntagmorgen die Sachlage eindeutig geklärt: Selbstmord. Der Brand wäre in der Krankenhauszelle ausgebrochen, deren Tür noch dazu verbarrikadiert war. Deshalb kam jede Hilfe zu spät, obwohl die Feuerwehr sehr schnell zur Stelle gewesen wäre.

Ein deutsches reflexartiges Erklärungsmuster. Die Verlautbarung der Anstaltsleitung reiht sich nahtlos an Ereignisse, wie in Stuttgart(16.3.94), Erbendorf(30.6.93), Hattingen - und nicht zuletzt Lübeck(nähere Informationen zu diesen Anschlägen: Off Limits 14, S. 46-48: Ohnmacht, Trauer, Wut 1996). Wenn irgendwo in Deutschland AusländerInnen bei Bränden sterben, so hören wir in den nächsten Tagen von Selbstmord, zumindest hätten sie selbst Feuer gelegt. Im März mußte eine Türkin vom Vorwurf, sie hätte Feuer im Haus gelegt, indem sie mit ihren fünf Kindern schlief, freigesprochen werden. In Lübeck wird der bis jetzt als Täter beschuldigte Bewohner der abgebrannten Flüchtlingsunterkunft nach jetzigen Stand aus der U-Haft entlassen werden müssen.
Und auch in Kassel gibt es inzwischen so viele Ungereimtheiten, die die so sicher vorgetragene Erklärung der Anstaltsleitung erheblich in Frage stellt.

So ist bekannt geworden, daß...

- die beiden Getöteten seit Tagen unter starken Beruhigungsmitteln standen, sehr apathisch waren und die Nächte vorher durchgeschlafen haben sollen.

- sie einen Tag vorher nicht im Besitz von Streichhölzern oder Feuerzeug waren.

- Mithäftlinge 35 Minuten Hilferufe gehört haben, ohne daß sich auf der Station irgendwas getan hätte.

- die Zellentür nach außen aufgeht, was eine wirksame "Verbarrikadierung" ausschließt.

- der gesamte Flur sehr stark beschädigt ist, was auf einen längeren Brand schließen läßt.

- Gefangene, die in der Brandnacht auf der Station untergebracht waren, Strafanzeige gestellt haben, weil sie trotz der Hilferufe nicht aus ihren Zellen gelassen wurden.

- es in der Feiertagsnacht zu wenig Personal gab. Ein Zustand, der übrigens schon seit Jahren vorherrscht.

- es keine Brandmeldeanlage, keine Sprinkleranlage gibt - dafür aber einen Feuerwehrschlauch, 1.50 m neben der Brandzelle.

- die Notrufanlage schon 6 Wochen defekt gewesen sein soll.

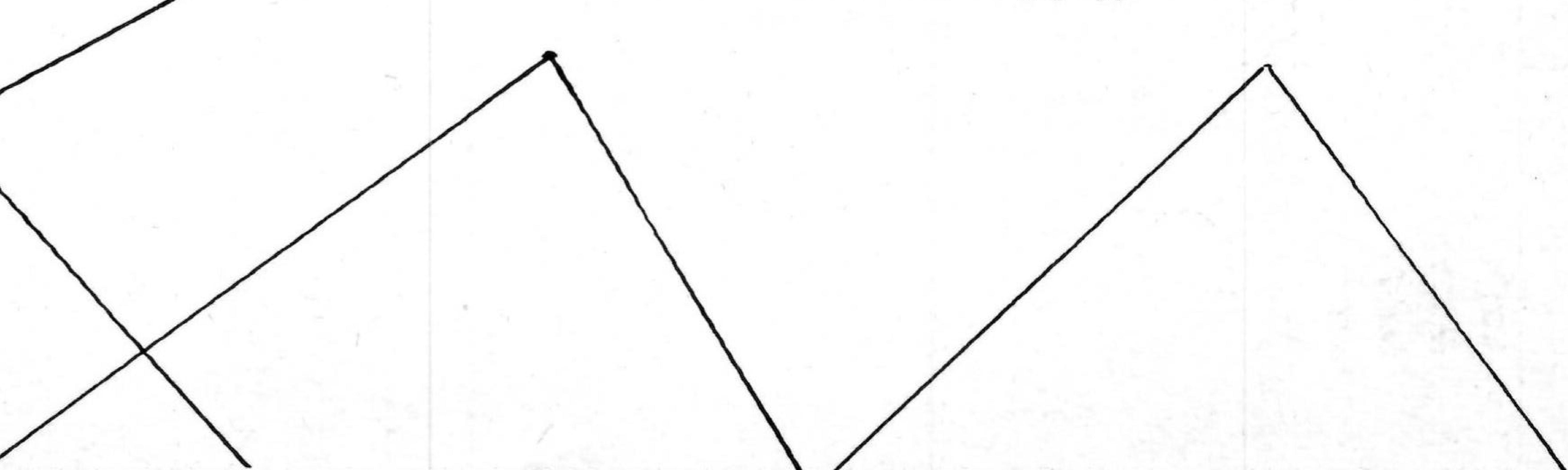
- die Feuerwehr in der Brandnacht nicht durch ein Tor kam und so nur durch das Zellenfenster hatte löschen können.

- in Frage kommende Zeugen der Brandnacht verlegt oder massiv eingeschüchtert werden, um nichts, außer der offiziellen Verlautbarung, nach außen dringen zu lassen!

-...

Fragen über Fragen tauchen auf. Und dies ist nur eine kleiner Einblick hinter die stacheldrahtgekrönten Mauern der JVA-Wehlheiden. Bis heute wird ein Selbstmord eines Nigerianers auf der gleichen Krankenstation dementiert. Beruhigungszelle, Schläge, rassistische Sprüche, miserabelste Zustände in den Werkstätten, Verweigerung von Entlassungsurlaub usw. kennzeichnen den Alltag in diesem total überfüllten Knast. "Leider können wir die zustehenden Kubikmeter Luft pro Gefangene nicht mehr garantieren", so Anstaltsleiter Geissler. Sprichts und läßt es aussitzen. Nicht in Chile, nicht in der Türkei, nein mitten in Kassel ist das Realität - in Hessen mit einem grünen Justizminister.

'Elwe'-Prozeßbeobachtungsgruppe



Pressemitteilung

Besuch bei dem NS -Mörder Prof. Theodor Oberländer in Bonn Luisenstraße 6 am 29. Juni

Zu einer Kundgebung bei dem NS-Kriegsverbrecher Prof Theodor Oberländer und ehemaligen Minister fanden sich 100 AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten in Bonn ein. Die Polizeistreitkräfte waren vorsorglich nach Rheinland-Pfalz geschickt worden.
Im Anschluß an die Kundgebung wurden Parolen auf das Wohnhaus gesprüht und zahllose Farbbeutel an die Hausffassade geworfen. Die Akteure entschwanden unerkannt, Polizei ließ sich in der ehemaligen Bundeshauptstadt wohl nicht auftreiben.

29.6.96

Wann, wenn nicht jetzt.

Spät, aber nicht zu spät, stehen wir, AntifaschistInnen aus verschiedenen Städten, heute vor der Tür von Theodor Oberländer in Bonn in der Luisenstr.6.
"Die Geschichte, die nicht vergehen will", kehrt heute nach 55 Jahren vor die Haustür des vielfaches Mörders zurück.
Am 29. Juni 1941, heute vor genau 55 Jahren zog Theodor Oberländer an der Spitze der deutsch-ukrainischen Sondereinheit "Nachtigall" in Lwow (Lemberg) ein. Nach dem "Aufenthalt" dieser aus ukrainischen Kollaborateuren zusammengestellten Spezialabteilung lebten mehrere Tausend Juden und Polen nicht mehr.
Oberländer ist kein einfacher Mörder,.da täte man ihm Unrecht. Nein, seine Helfer verscharrten **Tausende** in den Gräbern in Westgalizien und im Kaukasus.
Oberländer ist kein einfacher Mörder .Er er ist ein "theoretisch und praktisch ausgewiesener Experte des arbeitsteiligen Völkermordes" (Götz Aly).
Und er ist ein Symbol für dieses verkommene Land, daß von Nazimördern, NS- Schreibtischtätern und Hitlers Generälen wiederaufgebaut wurde, dessen Wirtschaftswunder und Wohlstand auf den Massengräbern blühte.. Wir brauchten nicht weit zu fahren, um die "blutigen Schatten der Vergangenheit" in einer Straße in der ehemaligen Bundeshauptstadt zu finden. Die BRD sucht im 51. Jahr nach dem militärischen Sieg über Nazideutschland Kriegsverbrecher nur noch in fremden Ländern, ihre eigenen Verbrecher sitzen in der Nähe des Regierungsviertels und beziehen Ministerpensionen.
Hier residiert seit Jahrzehnten Prof. Theodor Oberländer. Nur wenige Kilometer von hier begann die dritte Karriere des Kriegsverbrechers als Minister der neuen Bundesrepublik.. Seine Verbrechen als "Vordenker der Vernichtung" und als Soldat in Lemberg und im Kaukasus wurden ihm nicht zum Verhängnis. Im Gegenteil, seine Erfahrungen im "Volkstumskampf" im Osten passten genau in die offensive Renazifizierung der jungen BRD. Als Funktionär der Vertriebenenpartei BHE wurde er von Konrad Adenauer ins Kabinett geholt, der Minister mit der "tiefbraunen Vergangenheit" wurde erst 1960 nach erfolgreicher internationaler Kampagne aus dem Ministeramt entfernt. Das oberste Gericht der DDR hatte Oberländer in Abwesenheit am 28. April 1960 zu lebenlänglichen Zuchthaus verurteilt. Die Urteilsgründe "Fortgesetzter Mord, fortgesetzte Anstiftung zum Mord in Lemberg, Satanow, Tarnopol, Kaukasus." führten aber in der BRD zu keiner Inhaftierung. Zwar muße Adenauer den Minister Oberländer fallenlassen, strafrechtlich bestand von Seiten bundesdeutscher Behörden keinerlei Interesse. Oberländer gelang es sogar, das DDR -Urteil nach der Wiedervereinigung als DDR - Unrechtsurteil kassieren zu lassen und überzieht seit Jahren all die, die ihn Mörder nennen, mit Strafverfahren. Trotz seines hohen Alters treibt er sich heute noch in der Braunzone zwischen CDU/ CSU und organisierten Neonazis herum. Rechtsradikale aus dem Junge Freiheit - Umfeld, genauso wie alte Kameraden aus den Revanchistenverbänden und der "Antikommunistischen Weltliga" verkehren regelmäßig bei ihm.

Wir wollen diesem Mörder . der nicht mal freiwillig zur Hölle fährt. ein klein wenig die Ruhe nehmen für seinen Lebensabend mit dickem Pensionsanspruch. Wir sind heute hier. weil der Schwur der Buchenwald-Gefangenen. die Kriegsverbrecher zur Verantwortung zu ziehen. auch unsere Sache ist. Wir sind stellvertretend für die hier. die ihr Leben lang daruntergelitten haben. die nicht vergessen konnten und wollten. weil Nacht für Nacht in ihren Träumen die Vergangenheit wieder lebendig wurde. "Wer gefoltert wurde. bleibt gefoltert. (...) Wer der Folter erlag. kann nicht mehr heimisch werden in der Welt. Die Schmach der Vernichtung läßt sich nicht austilgen. " schrieb der östereichische Philosoph Jean Amery. Er gehörte zu den Überlebenden der Lager und des Völkermordes

Professor Theodor OBERLÄNDER

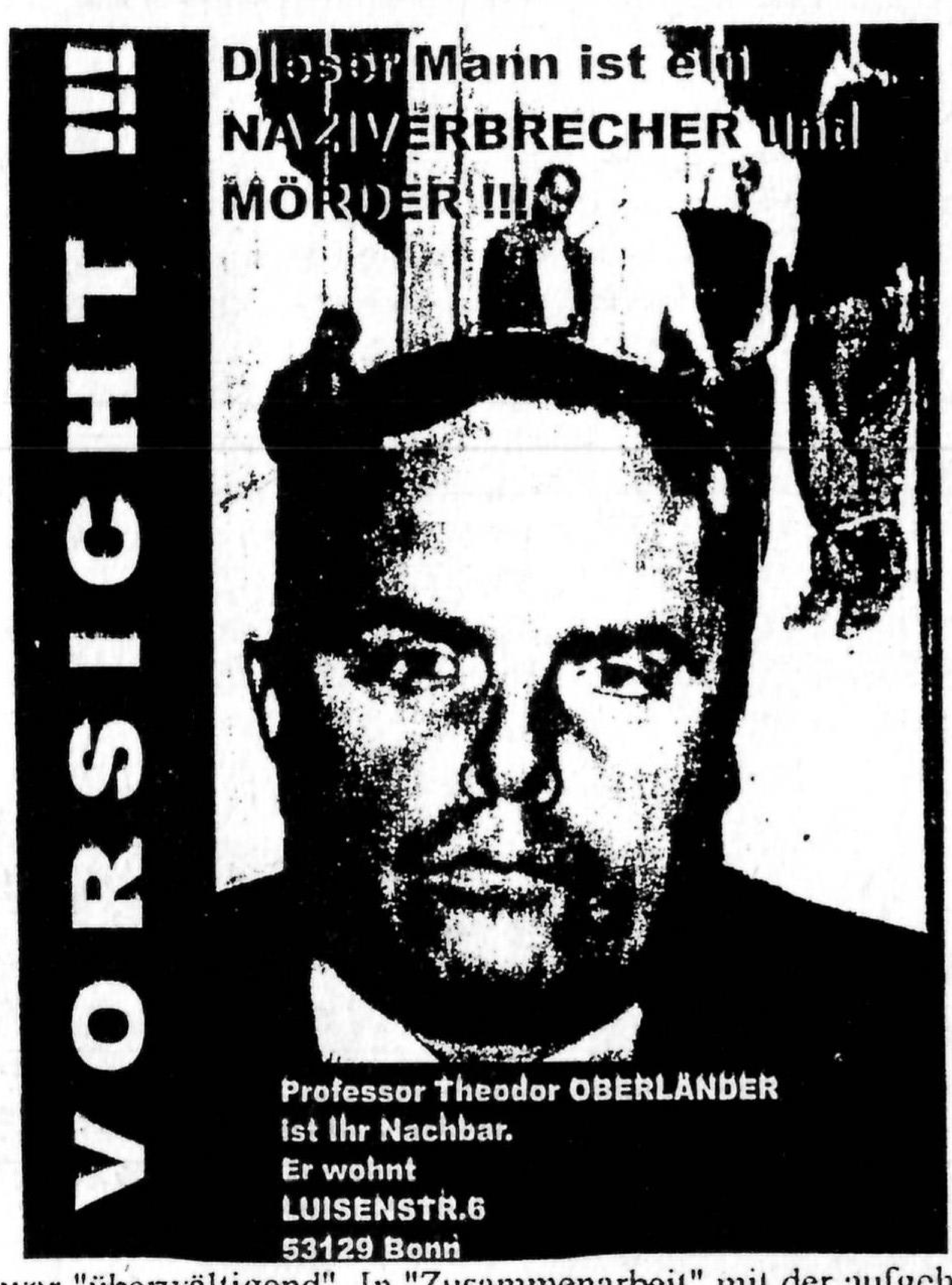
Er wohnt
LUISENSTR.6
53129 Bonn

Die "Schmach der Vernichtung" wurde umso größer. als die Überlebenden merkten. das das neue Deutschland das alte war. Die deutschen WiderstandskämpferInnen mußten mitansehen. wie der kalte Krieg ihre Träume von einem demokratischen und sozialistischen Deutschland zerstörte. Aus Nazideutschland wurde die demokratische BRD. die sich die Globkes , Oberländer und Kiesinger an führender Stelle im Staatsapparat leistete. Eine Republik. deren Bundeswehr von den gleichen Nazigenerälen. aufgebaut wurde. die eifrig den Vernichtungskrieg gegen die Völker organisierten . Eine Republik. die sich für den Aufbau ihrer "Sicherheitsorgane" ohne Scham personell auf die Erfahrungen der Schergen aus Hitlers Abwehr, aus dem SD und der SS stützen wollte. Die Überlebenden mußten mitansehen. wie der Kampf gegen die Nazis in den Staatsämtern verloren ging. stattdessen landeten Tausende von kommunistisch organisierten Menschen wieder in Zuchthäusern. Diese Niederlage wog doppelt schwer. wäre doch die gelungene Vertreibung der Mörder und Schreibtischtäter aus den Staatsämtern für die Wiedererlangung der Würde. für die Bewältigung der "Schmach der Vernichtung" so wichtig und heilsam für eine ganze Generation von Insassen von Kzs und Zuchthäusern,, für ehemalige Partisanen und Überlebenden der Todesfabriken gewesen.
Trotzdem. spät ist nicht zu spät.



Wir sind heute hier. um unsere Verbundenheit mit den Opfern des Nazideutschlands und mit den mutigen KämpferInnen gegen die Nazibarbarei auszudrücken. Wir wollen mit dieser Aktion alle Überlebenden grüßen , vor allem die. die aus gesundheitlichen Gründen heute nicht mit uns hier sein können.
Die Historiker Susanne Heim und Götz Aly haben in ihrem Buch "Vordenker der Vernichtung" zum ersten Mal thematisiert "das das NS-Deutschland nicht nur über eine Ideologie verfügte. die allen als "minderwertig" eingestuften Menschen die Ausrottung zudachte". sie wiesen nach. das es "bis ins Detail durchdachte Theorien gegeben hat . wie ganze gesellschaftliche Klassen. Minoritäten und Völker "umgeschichtet" und dezimiert werden sollten". Einer dieser "Vordenker der Vernichtung" ist Oberländer. Er plante wissenschaftlich vor. was Himmler einfach und unverhohlen formulierte:"Man kann die soziale Frage nur dadurch lösen. daß man die anderen totschlägt. damit man ihre Äcker bekommt."
Oberländers Weg begann schon 1923 als Teilnehmer am Hitlerputsch und führt ihn 1933 als Professor an die Königsberger Universität. an der er federführend im Institut für osteuropäische Wirtschaft die nazistische Bevölkerungspolitik vordachte und vorplante. Schon 1937 attestierte er eine "Überbevölkerung" von 9 Millionen allein in Polen. die nur durch "Verdrängung" und "Aussiedlung" zu beheben sei. In der SS-Fachzeitschrift "Neues Bauerntum" schrieb er 1940: "Die Eindeutschung der Ostgebiete muß in jedem Falle eine restlose sein. Solche Maßnahmen vollständiger Aus- und Umsiedlung mögen für die Betroffenen hart erscheinen.- (...) aber eine einmalige Härte ist besser als ein durch Generationen währender Kleinkampf"
Der Theoretiker wechselte in der heißen Phase der Kriegsvorbereitung in die Praxis. Als Offizier in der "Abwehr", dem Geheimdienst der Wehrmacht. konnte er seinen Worten , seinen Denkschriften und Expertisen Taten folgen lassen.

Als die deutsche Wehrmacht am Morgen des 29.Juni 1941 in Lwow (Lemberg) einmarschierte war der Abwehroffzier Oberländer als politischer Kommissar mit von der Partie. Im Vorfeld hatte der "Volkstumexperte" ganze Arbeit geleistet. Er stellte aus ukrainischen Nationalisten, die sich um Stepan Bandera sammelten, die Sonderheit "Nachtigall" zusammen, die den Nazis in allen Etappen der Vernichtung der osteuropäischen Juden noch "wertvolle Dienste" leisten sollten. Die Ukrainer in deutscher Wehrmachtsuniform sollten nicht kämpfen, sondern die Stimmung gegen die jüdisch-bolschwistischen Unterdrücker anheizen und morden. Lemberg war nach dem Hitler-Stalin Pakt sowjetisch besetzt und der sowjetische Repressionapparat hatte Tausende von mutmaßlichen Staatsfeinden "verschwinden" lassen. Diese Verbrechen wußte Oberländer auszunutzen. Oberländers Aufgabe bestand darin, Kollaboration und Pogrome zu organisieren. Die ukrainischen und polnischen Bürger der Stadt sollten gezielt auf die Juden gehetzt werden. Noch am Tag des Einmarsches entfachte Oberländer mit Plakaten ein Kampagne gegen die jüdischen Einwohner Lembergs. Auf ukrainisch und polnisch abgefaßten Flugblättern teilte die Sondereinheit Nachtigall mit, daß jüdische Bolschewiken für die toten Ukrainer verantwortlich seien. "Die Agitation fiel auf fruchtbaren Boden. In brüllenden und johlenden Zügen schleppten große Menschenmassen Hunderte und Aberhunderte von Menschen in die Gefängnisse. Die Juden mußten für die während in der Russenzeit ermordeten Gefangenen Gräber schaufeln. Dann mußten sie für sich selbst die Gräber ausheben." Parallel dazu führten die "Oberländers Nachtigallen" unmittelbar nach dem Einmarsch eine mit genauen Listen vorbereitete Liquidation von polnischen und jüdischen Intellektuellen durch.



Der Erfolg der Pogrome war "überwältigend". In "Zusammenarbeit" mit der aufgehetzten Bevölkerung ermordete das Batallion "Nachtigall" unter Oberländers Aufsicht über 5000 Menschen. Und die Ukrainer wurden gleichzeitig durch die Teilhabe an den Verbrechen zum willigen Werkzeug in den Händen der Deutschen. Als Wachmannschaften in den Vernichtungslagern, als Exekuteure an den Kiesgruben und als "nicht- arische" Hilfstruppen Seite an Seite mit den deutschen Einsatzgruppen wurden sie nahezu unentbehrlich. Das intelligente Ausnutzen des existenten Rassismus und Antisemitismus hatte der Ostexperte Oberländer längst zu der wirkungsvollen Waffe der Kollaboration entwickelt und machte ihn zu einem "ausgewiesenen Experten des arbeitsteiligen Völkermordes".
Ausgehend von diesen Erfahrungen wurde Oberländer 1942 mit der Führung des Batallions "Bergmann" im Kaukasusgebiet betraut. Auch hier gelang es ihm mit Hilfe von "fremdvölkischen Truppen", die in den Dienst der deutschen Wehrmacht gezwungen wurden, einen effizienten Ausrottungsfeldzug gegen Partisanen und die dortige Bevölkerung zu organisieren. Diese Aktivitäten könnten ihm, dem heute 91-jährigen doch noch ein Strafverfahren einbringen.. Seit mehreren Monaten ermittelt wieder einmal eine Staatsanwaltschaft.
1942 erschoß er eigenhändig nahe der kaukasischen Stadt Kislowodsk eine Gefangene. "Bei einem Offizierstreff sei darüber gestritten worden, ob angesichts des Todes Deutsche oder Sowjets standhafter sein. Oberländer hätte dies von den Menschen der Sowjetvölker behauptet. Einer gefangenen Lehrerin soll Oberländer daraufhin befohlen haben, über ihre Verbindungen zu Partisanen zu berichten. Sie habe, ob schon sie ausgepeitscht worden sei, geschwiegen. Dann habe Oberländer ihr in die rechte Brust geschossen und sie im Sterben liegengelassen." (Spiegel 18/1996)

Nichts und niemand ist vergessen.

Autonome AntifaschistInnen in Erinnerung an die unbekannte russische Lehrerin aus Kislowodsk 29.6.96

Autonome Antifa (M)
c/o Buchladen
Rote Straße 10
37073 Göttingen

Game over, Celle

Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) wird voraussichtlich eingestellt

Die Autonome Antifa (M) wurde zweieinhalb Jahre als eigenständige "terroristische Vereinigung" (§ 129a), danach zweieinhalb Jahre als "kriminelle Vereinigung" (§ 129) verfolgt, 13.929 Telefonate wurden abgehört, 143 Personen auf Mitgliedschaft mit allen technisch zur Verfügung stehenden Mitteln überprüft, alle BesucherInnen von politischen Veranstaltungen gefilmt, 30 Hausdurchsuchungen durchgeführt. Schließlich wurden 17 Personen angeklagt, eine Revision des Urteils beim OLG Celle, die Autonome Antifa (M) sei "keine kriminelle Vereinigung", beim BGH erwirkt, 131 Verhandlungstage, dreimal wöchentlich 250 km vom Wohnort der Angeklagten entfernt, angesetzt und 380 000 DM für den Umbau einer BGS-Reithalle zum Prozeßbunker bewilligt. Übrig geblieben ist letztendlich eine Geldstrafe incl. Erklärung der Angeklagten zum Versammlungsrecht.

In der Vergangenheit hatten die Generalstaatsanwaltschaft Celle (GSA) und die Staatsschutzkammer Lüneburg (SSK) versucht, den Angeklagten einen politischen Kniefall in Form eines Schuldeingeständnisses und einer Distanzierung von der Politik der Autonomen Antifa (M) abzuringen. Die Angeklagten sind auf diese Forderung nicht eingegangen. Die Bedingungen für eine Einstellung wurden in den letzten Monaten heruntergeschraubt. Die geforderte Erklärung wurde auf Allgemeinplätze reduziert. Die jetzigen Bedingungen zur Einstellung des Verfahrens lauten:

1. Die AnwältInnen erklären, ihre Mandanten über die Bestimmungen des Versammlungsrechtes informiert zu haben. Die Mandanten erklären ihrerseits, diese "zu berücksichtigen".
2. Jede/r Angeklagte wird 3.000,- DM an eine KZ-Gedenkstätte überweisen.
3. Die bei der Anti-Antifa-Razzia vom 5./6. Juli 1994 beschlagnahmten Materialien, darunter Computer,

werden zurückgegeben, Dokumente der Autonomen Antifa (M) erhält das Institut für Sozialforschung in Hamburg.

Hiermit soll nicht nur das Verfahren gegen die 17 Angeklagten eingestellt werden, sondern auch alle noch anhängigen Verfahren gegen weitere 17 Personen, die der Mitgliedschaft in der Autonomen Antifa (M) "beschuldigt" werden und Ermittlungen bezüglich aller Demonstrationen, die seit den Hausdurchsuchungen im Juli 1994 von der Autonomen Antifa (M) initiiert wurden. Die bislang angefallenen Verfahrenskosten in Millionenhöhe trägt ausnahmslos die Staatskasse. Die GSA hat sich zunächst geweigert, einer Einstellung unter diesen Bedingungen zuzustimmen. Zähneknirschend war die GSA dann gestern doch dazu bereit - unter der Bedingung, das Interpretationsmonopol für sich zu sichern: Die Angeklagten dürfen bis zur endgültigen Einstellung Ende Juli 1996 "der von der Kammer vorgenommen Deutung der Erklärung nicht widersprechen". Nicht nur daß die GSA den 17 Personen einen politischen Maulkorb verpaßt, sie hat der SSK auch vorgegeben, wie die Erklärung zu interpretieren sei. **Dabei hat eine wie auch immer geartete Erklärung keinerlei juristischen Wert, da eine Einstellung nach § 153a StPO keine Erklärung vorsieht. Diese Deutung der abzugebenden Erklärung zeigt nur den hilflosen Versuch der GSA, den immensen und letztlich erfolglosen Ermittlungsaufwand politisch zu rechtfertigen.**



Die Autonome Antifa (M) sieht sich weiterhin der Bekämpfung der Wurzeln des Faschismus verpflichtet. Wie in der Vergangenheit wird sie auch weiterhin adäquate Mittel in der politischen Auseinandersetzung anwenden.

Autonome Antifa (M)
25. Juni 1996

✆ + Fax: 05 51/549081
e-Mail: aam @ paxo.nadir.org · WWW: http://www.nadir.org/Gruppen/aam/

Nachtrag zur Anti-NATO Demo vom 3.6.96

Am 3.6. fand in Berlin die Demonstration gegen die NATO-Kooperationsratstagung im Hotel Interconti statt. Zu der Demonstration kamen ca 3000 Menschen. Auch wenn unsere Erwartung von 5000 plus X TeilnehmerInnen nicht erfüllt wurde, werten wir die Demo unter den heutigen politischen Bedingungen als Erfolg. Die Demo war geschlossen, die Leute gingen in Ketten und waren ziemlich laut.
Dumm gelaufen ist die Auflösung der Demonstration, u.a. weil der Lauti in der Spitze der Demo nicht mehr zu hören war und so das Ende für viele unvermittelt kam.

Die Ausgangslage
Einige von uns überlegten schon länger an einem politischen Projekt für 1996, welches den inhaltlichen Schwerpunkt auf die neue Rolle Deutschlands als imperialistische Militärmacht legen sollte. Wir hatten da eigentlich eher ein Rekrutengelöbnis im Kopf, dessen Termin zu dem Zeitpunkt noch nicht feststand, aber womit wir auf jeden Fall rechneten.
Uns war bei der Entscheidung für eine Mobilisierung gegen die NATO-Tagung Anfang des Jahres klar, daß weder die neue Rolle Deutschlands, noch die NATO-Kriegspolitik in der momentanen linken Diskussion eine große Rolle spielen. Über die eigene Stärke haben wir uns bei der Planung der Demo wenig Illusionen gemacht. Trotzdem war es uns wichtig in der jetzigen Situation ein solches Projekt anzugehen.

Unsere Ansprüche
Folgende Punkte waren uns in der Mobilisierung inhaltlich wichtig:
-Neben der Analyse der aktuellen Funktion der NATO, soll vor allem die neue Rolle Deutschlands inhaltlich im Mittelpunkt stehen
-Kritik an nationalistischen Tönen der alten Friedensbewegung
-Inhaltlich eine scharfe Abgrenzung zu den militärisch interventionsfreudigen Teilen der Grünen und anderer Ex- Linker.
-Legitimation neuer deutscher Kriegspolitik mittels deutscher Verbrechen im zweiten Weltkrieg (Morden wegen Auschwitz)

Für uns war auch klar, daß wir an etwaige BündnispartnerInnen auf jeden Fall offen und solidarisch herangehen wollten, also Abgrenzungen und auf jeden Fall auf einen gemeinsamen praktischen Punkt mobilisieren, allerdings nicht zum Preis einer inhaltlichen Verwässerung

Relativ schnell stellte sich heraus, daß die Anzahl der dieses Projekt tragenden Gruppen noch geringer sein würde, als wir das in unseren ohnehin schon pessimistischen Einschätzungen befürchtet hatten. Daran gemessen, waren wir mit dem Ablauf dann doch relativ zufrieden.

Die Presse
hat ausführlich über den Gipfel und über die geplante Osterweiterung berichtet. Die Gegenmobilisierung spielte dabei eine nebensächliche Rolle, was wohl auch damit zu tun hat, daß die Berliner Polizeiführung die ganze Sache von Anfang an abgewiegelt hat, und kein Interesse an einer offenen Hetzstimmung hatte. In der Berichterstattung nach den Aktionen wurde sich dann vor allem von den Boulevard-Blättern auf den Zufalls-Stein in Ilse Wörners Auto gestürzt, wodurch zumindest virtuell der Eindruck der Bedrohung des Gipfels durch "Lücken im Sicherheitskonzept" gewahrt blieb.

Wie weiter?
Unsere inhaltliche Auswertung der NATO-Tagung bzw. der aktuellen NATO-Kriegspolitik ist gerade in Arbeit und wird in den nächsten Monaten veröffentlicht, wir brauchen einfach noch ein bißchen Zeit.
Wie wir schon vorangestellt haben, geht es uns weiterhin darum, die neue Rolle und die Besonderheiten des deutschen Imperialismus zu thematisieren. In diesem Zusammenhang planen wir als Teil der Mobilisierung gegen den diesjährigen „Tag der Heimat" (Vertriebenentreffen) in Berlin eine Veranstaltung...

Desweiteren würden wir uns übrigens sehr freuen, wenn uns noch Kritik (oder Lob) sowohl zu unserem Flugblatt (siehe Interim nr.378) als auch zur Demo erreichen, bzw. in der Interim geäußert werden würde.
Wen's interessiert, das Flugblatt ist unter unserer Postadresse auch noch nachbestellbar...

Anti NATO-Gruppe
c/o RefRat HU
Unter den Linden 6
10099 Berlin
Fax: (030) 2093-2396



Die Folgen
Wer HERRschende Politik angreift hat natürlich auch immer die Reaktion von selbiger in Form von Repressionen aller Art als ständigen Begleiter.
In diesem Fall heißt das konkret: Auf der Gegenaktion zum Gelöbniss sind nunmehr 90 Festnahmen bekannt, 7 Vorführungen vor den Haftrichter. Davon 1 Haftbefehl mit Haftverschonung und 3 ausgesetzte Haftbefehle, einer davon nach 20000,- DM (!) Kaution.

Von der Anti NATO-Demo sind 46 Festnahmen bekannt.

Auf dem auch in der Interim angekündigten Treffen am 2.7. war nur ein Bruchteil der Betroffenen anwesend, wir haben als eine weitere Möglichkeit zum Austausch und Information für anstehende Prozesse den **6.August 96 wieder im blauen Salon um 20°°Uhr im Mehringhof** abgemacht. Kommt trotz Sommerloch!!!

Wenns brennt...
Wenn ihr polizeiliche Vorladungen erhaltet, müßt ihr nicht hingehen, wenn ihr staatsanwaltliche Post bekommt, setzt euch spätestens dann schnellstens mit dem EA in Verbindung, laßt euch beraten und gegebenenfalls einen Anwalt vermitteln.
Dazu ist der EA da. Geht auf keinen Fall individuell zu solchen Geschichten hin.
Außerdem gilt nach wie vor: Laßt dem EA eure Photos, Filmaufnahmen, Gedächtnisprotokolle zukommen...

Die Angeklagten brauchen unsere Unterstützung und...GELD. Deshalb findet eine erste Solifete mit Konzert für Prozeßkosten
am 13.7.96
im Thommi-Weißbecker Haus statt.

EA Sprechstunde immer dienstags 16-20°°Uhr im Mehringhof

Contre le G7 - Action direct

Lyon, der 22.6.96

Bericht zur Demonstration gegen das G7 - Treffen in Frankreich. Dies sind ein paar Eindrücke über die Demos in Frankreich:
Am Demonstrationsplatz angekommen fiel als erstes auf, daß es keine Vorkontrollen gab, noch das es von Bullen wimmelte (fairerweise muß gesagt werden, daß es um so mehr geistig umnächtigte Leute gab, welche verdammt häufig mit Ihren Regenschirmen sprachen) so wie es in Berlin bei jeder noch so friedlichen Demo üblich ist. Weder Spalier noch eine andere Begleitung war gegeben, einzige Ausnahme einige militärisch abgeriegelte Seitenstraßen mit zurück gezogenen Pigs, welche von einigen der ca. 10 anwesenden deutschen Genossen mit Flaschen bedacht wurden (Importierter Widerstand ?!). Die Demo mit 5.000-10.000 TeilnehmerInnen stach im Gegensatz zu Berliner Geschehnissen besonders durch das Meer der schwarz-roten Fahnen der verschiedensten syndikalistischen Gruppen hervor, welche aufgrund von Inhaltlichen Differenzen, fehlender Bullenangriffe, sowie besserer Darstellung (eigene Fronttransparente und jeweils ein eigener Lauti) mit alleine fünf „Anarchistischen" Blöcken à 100-200 Leuten vertreten waren und mit 10 m Abstand zueinander liefen. „Glücklicherweise" gab es kaum Redebeiträge, dafür aber Internationale Musik und eine große Anzahl verschiedenster Sprechchöre zum Thema G7 und Sozialkürzungen (auch hier wollen die Schweine alles nach amerikanischen Vorbild privatisieren).
Hervorzuheben wären noch zwei kurdische Blöcke, welche PKK Fahnen zeigten, sich aber auch mit undogmatischen Transparenten einbrachten. Leider entzieht es sich unsere Kenntnis, wie der Französische Staat auf Vermummung und PKK-Symbole reagiert ?
Schön wäre es, wenn mal wieder am Rande von Demos Plakate geklebt werden würden und Gruppen Sprühaktionen starten würden, was dort allerdings aufgrund der dezimierten Bullenkräfte leicht möglich war.
Ciao !!!
P.S.: Grüße an die Leute vom Sprengel-Plenum, mit den Wünschen, das sie von den faschistoiden, sexistischen und besoffenen Hool-Punks des Artikels „Die saubere Revolution findet nicht statt" verschont bleiben.
P.P.S: Reisen muß nicht teuer sein, kann aber sehr, sehr nützlich sein! An dieser Stelle ein doppeltes LIEBE & KRAFT all denen die noch auf der Flucht sind, oder es noch vor sich haben !!!







Stellungnahme des Revolutionärer 1. Mai!-Bündnisses

Auch in diesem Jahr ist es gelungen am 1. Mai unter der unmißverständlichen revolutionären Parole "Zusammen kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung! Keine Befreiung ohne REVOLUTION!" eine Demo vom Oranienplatz aus zu organisieren. Daran haben ca. 3000-3500 Menschen teilgenommen. Das sehen wir als großen politischen Erfolg an. Menschen verschiedener Nationalität - z.B KurdInnen, PalästinenserInnen, TürkInnen, IranerInnen, Deutsche, Menschen aus Osteuropa und Afrika - haben daran teilgenommen. Ein breites Spektrum gesellschaftlicher und politischer Gruppen war vertreten: ProletarierInnen, SchülerInnen, StudentInnen, Arbeits,- und Obdachlose, Anti-Fa's, Feministinnen, KommunistInnen, Autonome, HausbesetzerInnen u.a. haben sich auf der Demo vereint.

Die Revolutionäre 1.Mai-Demo hat seit 1988 jedes Jahr stattgefunden und war auch dieses Jahr ein starker Ausdruck der Sehnsucht und Bereitschaft verschiedener Menschen für eine revolutionäre Veränderung zu kämpfen. Die aktive Beteiligung vieler unorganisierter Menschen hat noch einmal bewiesen, wie stark die revolutionäre 1.Mai-Demo vom Oranienplatz aus in den fortschrittlichen Teilen der Bevölkerung verankert ist.

Wie jedes Jahr gab es auch diesmal den Versuch die Demo im Vorfeld zu kriminalisieren und Leute, die dafür mobilisiert haben, einzuschüchtern. Es gab von Seiten der Polizei eine regelrechte Jagd auf Leute, die für die revolutionäre 1.Mai-Demo plakatiert oder Flugblätter verteilt haben. Mehrere wurden festgenommen und ihre Wohnungen wurden durchsucht. Wie immer haben die Herrschenden und andere eine Hetze gegen die revolutionäre 1.Mai-Demo vom Oranienplatz aus in Gang gesetzt. In den bürgerlichen Medien, von TAZ bis hin zur Bildzeitung wurde das Revolutionärer 1.Mai!-Bündnis, das zu der Demo am Oranienplatz aufgerufen hat, mit Lügen überschüttet und behauptet es sei von "stalinistisch und ausländischen Organisationen" dominiert. Aber all das konnte weder die Arbeit des Bündnisses aufhalten, noch die revolutionäre 1.Mai-Demo vom Oranienplatz aus selbst.

Das Revolutionäre 1.Mai!-Bündnis ist ein breites Spektrum verschiedener Gruppen und Organisationen, von revolutionären Feministinnen, autonomen kommunistischen Gruppen, kommunistischen Antifagruppen bis hin zu verschiedenen maoistischen Organisationen. Das Bündnis hat auf prinzipieller Basis gearbeitet und alle, die mit dieser Basis einverstanden waren, konnten an der Vorbereitung teilnehmen. Trotz zum Teil großer politischer Meinungsverschiedenheiten, ist es so gelungen, daß alle Kräfte gleichberechtigt an der Diskussion teilnehmen konnten und in allen wichtigen Fragen ein Konsens hergestellt werden konnte. Gleichzeitig hatten alle die Möglichkeit ihrer politischen Vorstellungen auf der Demo zu verbreiten.

Dieses Bündnis hat gezeigt, daß es möglich ist verschiedene Kräfte, die zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen über den Weg zur Revolution und ihrer Durchführung haben, auf prinzipieller Basis zu vereinen und gegen den gemeinsamen Feind zu kämpfen. Durch die Arbeit in unserem Bündnis ist es gelungen, Streitereien und Mißverständnisse aus der Vergangenheit zu überwinden und eine neue Basis der Zusammenarbeit zu entwickeln. Dies stellt nicht nur für den revolutionären 1. Mai, sondern auch für unsere gesamte Bewegung einen großen Fortschritt dar.

Im Vorfeld des 1.Mai kam es zu einer heftigen Debatte über den Auftaktort der revolutionären 1.Mai-Demo. Ein Bündnis verschiedener Anti-Fa-Gruppen hatte dazu aufgerufen, den Auftaktort der Revolutionären 1.Mai-Demo vom Oranienplatz in Kreuzberg, zum Rosa-Luxemburg-Platz im Osten der Stadt zu verlegen und auch nur durch den Ostteil der Stadt zu laufen. Die Argumente dafür waren hauptsächlich antikommunistischer Natur und nahmen eine rassistische Ausgrenzung bewußt in Kauf, was sich praktisch darin zeigte, daß die Demo vom R.L.-Platz aus fast ausschließlich eine "rein-weiße" Demo war. Andere Kräfte, die das Revolutionärer 1.Mai! Bündnis bildeten, traten dafür ein vom Oranienplatz aus zu marschieren, um vor allem den internationalistischen Charakter der Revolutionären 1.Mai-Demo beizubehalten und auch um die 9-jährige Tradition, seit dem Kreuzberger Aufstand am 1. Mai 1987 fortzusetzen. Mehrere Kompromißvorschläge des Bündnisses für den Oranienplatz, wurden seitens des Rosa-Luxemburg-Bündnisses abgelehnt und noch bevor eine gemeinsame Entscheidung getroffen wurde, verteilten Kräfte aus dem R.L.-Bündnis auf der Demonstration gegen Sozialabbau vom 27.3.96 Handzettel auf denen bekanntgegeben wurde, daß die diesjährige Revolutionäre 1.Mai-Demo vom Rosa-Luxemburgplatz aus beginnen würde. Damit war keine Einigung mehr möglich und die vom R.L.-Bündnis betriebene Spaltung vollzogen.

Das Rosa-Luxemburg-Platz-Bündnis und anderen Kräften begann eine antikommunistische Hetzkampagne gegen das Oranienplatz-Bündnis, die ihren hauptsächlichen Ausdruck auf den Seiten der Interim fand. Dort wurden im Vorfeld zum 1. Mai und auch danach eine Vielzahl antikommunistischer Hetzartikel abgedruckt, die es unter anderem begrüßten, daß die Polizei die Revolutionäre 1.Mai Demo 1993 am Alexanderplatz auflöste, oder die zu einer Entsolidarisierung mit verschiedenen kommunistischen Kräften aufriefen.

Wir, das Bündnis, das für die Revolutionäre 1.Mai-Demo vom Oranienplatz aus mobilisiert hat, hat diese Spaltung von Anfang an als unbegründet und unverantwortlich abgelehnt. Die Behauptung des verschiedener Kräfte des R.L.-Bündnisses, das unser Bündnis aus stalinistischen und dogmatischen Organisationen zusammengesetzt sei und darüber hinaus von Maoisten dominiert sei, ist sowohl eine Lüge als auch ein Beweis für die antikommunistischen Motive, die zu der Spaltung der Revolutionären 1.Mai-Demo geführt haben. Wir rufen die Kräfte des R.L.-Bündnisses auf sich ernsthaft Gedanken zu machen, über ihr sektiererisches Verhalten, das dazu geführt hat, die revolutionäre 1.Mai zu spalten, was letztendlich nur den Herrschenden gedient hat.

Neben anderen bewußten Unwahrheiten, die in der Stellungnahme der Antifaschistischen Aktion Berlin verbreitet werden, möchten wir zu dem infamen Vorwurf, über unseren Lautsprecherwagen sei Bullenhetze verbreitet worden, Folgendes sagen:
Ohne Absprache mit der Demoleitung, ohne abzuwarten und ohne daß geklärt werden konnte, ob es sich um eine gezielte Falschinformation handelte, ist im Lautsprecherwagen durchgesagt worden, daß die Bullen die O.-Platz Demo gestoppt hätten, weil die Organisatoren der R.L-Demo diese nicht auf dem Kollwitzplatz haben wollten. Kurz darauf wurde diese Durchsage durch den Lautsprecherwagen dementiert und darauf hingewiesen, daß es sich um eine gezielte Falschinformation seitens der Bullen handelte. Dieser Sachverhalt wurden einem Vertreter der AAB auf einer offiziellen Sitzung mitgeteilt. Trotzdem wird dies bewußt in der Stellungnahme der AAB verschwiegen!

Trotz der antikommunistischen Hetze, sowohl seitens der Herrschenden, wie auch von Teilen der "linken" Szene und der Angriffe der Polizei im Vorfeld wie auch auf der Demo selbst, ist es auch dieses Jahr wieder gelungen mehrere Tausend Menschen auf der Straße zu vereinen und die Revolutionäre 1.Mai-Demonstration erfolgreich durchzuführen.

Am Alexanderplatz kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen zwei verfeindeten Flügeln einer nicht am Bündnis beteiligten Organisation. Diese Prügelei, die von außen, in die Demo getragen wurde, hat den Bullen als Rechtfertigung gedient, die Demo massiv anzugreifen und stand in totalem Gegensatz zu allem, was die Revolutionäre 1.Mai-Demo verkörpert. Wir haben im Vorfeld der Demo versucht klarzumachen, daß gegenseitige und einseitige körperliche Angriffe nur einem dienen: Unserem Feind. Diejenigen, die aus gruppenegoistischen und sektiererischen Gründen Meinungsverschiedenheiten auf dieser Art und Weise austragen, schwächen unsere revolutionäre Einheit.

Obwohl es einen massiven Polizeiaufmarsch gab und die Polizei unsere Demo nicht zum Kollwitzplatz durchgelassen haben, sind viele Leute von der Demo aus dorthin gegangen, um sich an dem Straßenkampf dort zu beteiligen. Im Zuge beider Demos und auch bei den anschließenden Kämpfen, sind mehrere Leute verhaftet worden. Wir rufen alle auf, die Gefangenen und Angeklagten vom 1.Mai aktiv zu unterstützen.

Wir hoffen, daß die Einheit auf revolutionärer Grundlage, die wir dieses Jahr mit der Revolutionären 1.Mai-Demo vom Oranienplatz aus aufbauen konnten, einen Schritt in Richtung einer noch breiteren vereinteren revolutionären 1. Mai-Demo 1997 ist, wenn die Revolutionäre 1.Mai-Demo zum 10 Mal stattfinden wird.

Freiheit für alle Gefangenen vom 1.Mai!
Einstellung aller laufender Verfahren gegen TeilnehmerInnen am Revolutionären 1.Mai!

Zusammen kämpfen gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Keine Befreiung ohne
REVOLUTION!

Revolutionärer 1.Mai!-Bündnis

(Diese Stellungnahme wird von allen Kräften im Bündnis getragen, außer von FARA, die eine eigene Stellungnahme veröffentlichen wird.)

Stellungnahme von FARA zum 1. Mai 1996

Zunächst einmal vorweg: Wir werten den 1. Mai 96 insgesamt als Erfolg für die radikale Linke. Es fanden zwei revolutionäre 1. Mai-Demos statt, die Rosa-Luxemburg-Demo mit 15.000 TeilnehmerInnen und die Demo vom O-Platz mit 3.500. Auch auf der Kundgebung der Gewerkschaften waren radikale Forderungen nicht zu überhören.

Die Demo am Oranienplatz, an deren Vorbereitung wir beteiligt waren, fand mit 3.500 Leuten unterschiedlichster Nationalitäten statt. Die Zusammenarbeit im "Revolutionären 1.Mai!"-Bündnis lief trotz unterschiedlicher politischer Analysen und Herangehensweisen sehr konstruktiv ab.
Die Abgrenzung von der RL-Demo, die in der aktuellen Stellungnahme des Revolutionärer 1. Mai!-Bündnisses deutlich wird, wollen wir so jedoch nicht mittragen. So finden wir - neben anderen Punkten - der Vorwurf des Antikommunismus an das RL-Plenum überbewertet wird. Falsch ist auch das Ignorieren der Schwarzen und/oder MigrantInnen, die an der RL-Demo teilgenommen haben. Der Vorbereitungskreis dieser Demo war zwar "weißdeutsch", die Demo selbst nicht. Das Papier trägt unserer Ansicht nach zu einer Frontenbildung bei, die eine breitere Zusammenarbeit in Zukunft sicher nicht gerade leichter macht.

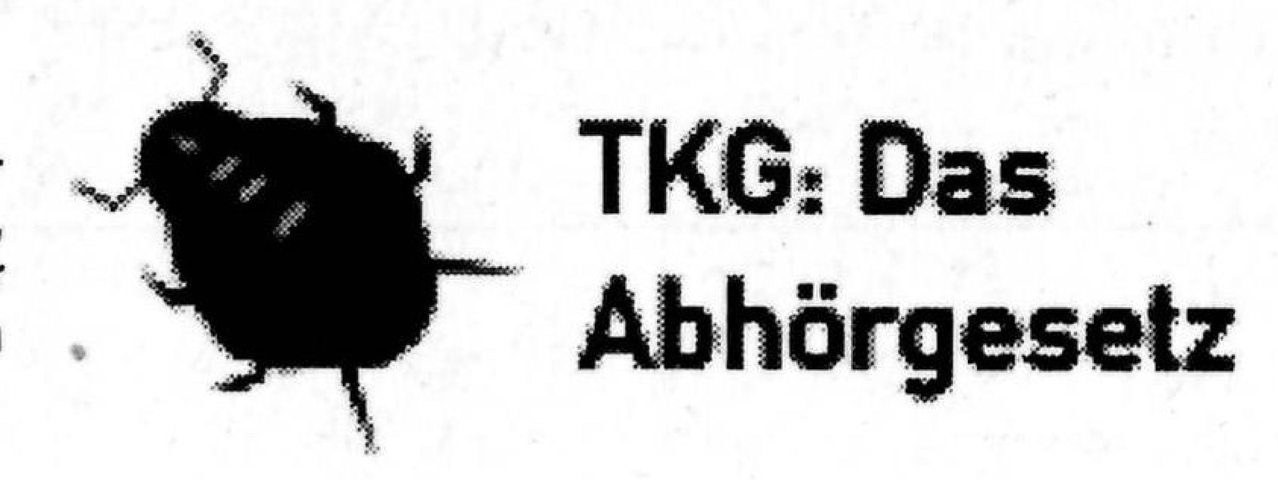
Die Spaltung des ursprünglichen Vorbereitungskreises, die dann schließlich ihren Ausdruck in zwei Demos fand, sehen wir grundsätzlich als Fehler. Die Betonung von Gemeinsamkeit und praktischer Einheit der revolutionären Linken halten wir nach wie vor für ein zentrales Anliegen des 1. Mai. Inhaltliche und ideologische Unterschiede sollten an diesem Tag nicht im Vordergrund stehen. Wichtiger ist es, daß alle revolutionären Kräfte gemeinsam auf die Straße gehen.
Innerhalb der Vorbereitung war deshalb die Verhinderung der Spaltung für uns sehr wichtig. Wir haben versucht, Kompromißvorschläge für die Demoroute einzubringen oder zu unterstützen, die für alle Beteiligten tragbar schienen. Die Gründe, die dazu geführt haben, daß wir uns nach der Spaltung dem O-Platz-Bündnis angeschlossen haben, sind bereits veröffentlicht. Sie betrafen sowohl Inhaltliches als auch eine Kritik am politischen Stil des RL-Bündnisses und sind für uns nach wie vor richtig. Soviel zur "Bauernfängerei" (siehe AAB-Papier, Interim 380).

Für das nächste Jahr wünschen wir uns eine gemeinsame 1. Mai-Demo auf der die revolutionäre Linke trotz aller Unterschiede und Konflikte zusammenkommt. Wir denken allerdings, daß das nur möglich ist, wenn sich alle Gruppierungen (auch die maoistischen) gleichberechtigt an der Vorbereitung beteiligen können. Aus den Erfahrungen in diesem Jahr hat sich für uns gezeigt, daß es durchaus möglich ist an einzelnen Punkten konstruktiv zusammen zu arbeiten. Dafür ist es allerdings nötig, über Unterschiede und alte Konflikte, auch wenn es schwer fällt, sachlich zu diskutieren und gemeinsam nach neuen Wegen und Lösungen zu suchen.

So Long, ZUSAMMEN KÄMPFEN! FARA, 7.7.96

1984-es ist soweit! 5. Juli 1996

Freitag abend Tagesschau:
Als eine der letzten Meldungen wird die Verabschiedung des neuen Telekomunikationsgesetzes durch den Bundesrat gezeigt. Das Gesetz regelt „die Privatisierung des Telefonnetzes", dieses wird mit Bildern von Telefonläden verdeutlicht. Ab 1998 dürfen auch private Anbieter Telefondienstleistungen anbieten. Auch die taz und die Junge Welt vom Samstag meldeten nicht viel mehr.
Das wichtigste wurde dabei leider „vergessen":



Das am Freitag verabschiedete Telekommunikationsgesetz ist ein Abhörgesetz!

Das Gesetz wird weitreichend Persönlichkeitsrechte, Pressefreiheit, Datenschutz und Fernmeldegeheimnis einschränken.
Es ermöglicht der Polizei und den Sicherheitsbehörden, jederzeit auf Kundendaten zuzugreifen, und zwar so, daß keiner es merken darf. Die technischen Einrichtungen dafür muß der Provider, bzw. Mailboxbetreiber (Internetspezifische Terminologie) bezahlen, und damit der Kunde.

Die Rede ist vom neuen Telekommunikationsgesetz. Ein Entwurf, kurz TKG-E genannt, ist schon vergangenes Jahr in kleinster Runde von CDU, FDP und SPD ausgehandelt worden. Besonders brisant ist darin der § 87. Er sieht vor, daß Strafverfolgungsbehörden und Geheimdienste jederzeit Zugriff auf die Kundendateien von Telekommunikationsdiensten haben sollen.
Das sind heutzutage beileibe nicht mehr nur die Telekom und die Betreiber der verschiedenen Mobilfunknetze. Online-Dienste, Mailboxen und Internet-Provider sind in großer Zahl dazugekommen.
Sie alle müssen, wenn es nach diesem Gesetz geht, dafür sorgen, daß die Behörden jederzeit Zugriff auf ihre Daten haben; sie müssen es sogar so einrichten, daß sie selber nichts davon mitbekommen. Im Amtsdeutsch des Entwurfs: Die Anlage soll "*technisch so organisiert sein, daß dem Anbieter Abrufe nicht zur Kenntnis gelangen können*". Damit nicht genug: Die Gerätschaften, die dafür nötig sind, muß der Anbieter mitsamt der Software auf eigene Kosten bereitstellen.

Die Sicherheitsbehörden begründen ihren Anspruch mit den besonderen Schwierigkeiten der Fahndung im Zeitalter der Computernetze und der digitalen Kommunikation. Wenn sie früher einen Verdächtigen abhören wollten, genügte es, einen Gerichtsbeschluß zu erwirken und seine Telephonnummer zu besorgen. Da aber kann heutzutage schon einiges zusammenkommen: ein Telephonanschluß zu Hause, einer am Arbeitsplatz, eine Nummer fürs Handy und eine für das Fax, dazu noch zwei, drei E-Mail-Adressen; das alles möglicherweise verteilt auf verschiedene Anbieter.

Und alle bieten sie viel mehr als nur die Vermittlung von Telephonaten. Elektronische Post, Online-Unterhaltungen per Tastatur und Versand von Dateien auch über Netzgrenzen hinweg: Telekommunikation im digitalen Zeitalter heißt Austausch von Daten aller Art über alle erdenklichen Wege.
Nun wollen die Behörden sicherstellen, daß sie von jedem Teilnehmer all seine Anschlußdaten parat haben - für den Fall, daß eine Überwachung fällig wird. Nicht jeder Dienst soll sich allerdings diese Daten selber zusammensuchen müssen. Der Bequemlichkeit halber soll eine sogenannte **Regulierungsbehörde** diese Arbeit für alle erledigen.
Diese Regulierungsbehörde durchsucht auf Anfrage reihum die ihr angeschlossenen Datenbanken der Anbieter. Dabei ist sie lediglich ausführendes Organ; sie ist nicht befugt, die Rechtmäßigkeit der Anfrage zu prüfen. Im Gesetzentwurf ist aber ohnehin keine Einschränkung enthalten, wonach die Daten etwa nur für den Zweck einer Überwachung eingeholt werden dürften.

Auf den ersten Blick ist das immer noch eine recht umständliche, kaum bedrohliche Konstruktion: Die Daten verteilen sich ja auf viele kleine und große Nutzerregister. Da aber die Regulierungsbehörde jederzeit einen sekundenschnellen Online-Zugriff auf alles zugleich hätte, stünde ihr (und damit allen ermittelnden Behörden) eine wahre Superdatei zur Verfügung.

Diese Datei wäre weit mehr als nur ein besonders aktuelles Einwohnerregister mit Adressen und Telephonnummern. Die Kommunikationsdienste speichern in der Regel zusammen mit den allgemeinen Daten der Kunden auch **detaillierte Angaben über die Dienstleistungen**, die sie in Anspruch genommen haben, schon weil sie in der Regel am Ende des Monats darüber abrechnen müssen.
Da steht zum Beispiel vermerkt, wer **welche kostenpflichtigen Datenbanken** konsultiert und wer **wel-**

che Diskussionsgruppen abonniert hat. Solche Daten zusammengenommen können über Interessen und Aktivitäten genauer Aufschluß geben als etwa die Ausleihlisten von Büchereien - und diese Listen müssen auch noch umständlich beschlagnahmt werden. Ihre elektronischen Äquivalente sollen die Behörden nun auf Wunsch jederzeit einsehen können, und nirgendwo in dem Gesetzentwurf ist von einer Beschränkung der Daten etwa auf Adressen und Telephonnummern die Rede.

- Die Anbieter sollen den Behörden nicht nur die aktuellen, sondern auch die alten Kundendaten vorrätig halten. Im Entwurf war bislang eine Regelung vorgesehen, wie lange solche Daten höchstens gespeichert werden dürfen. Nun soll nur noch geregelt werden, wie lange sie mindestens gespeichert bleiben müssen.
- Im Entwurf sollte die Verpflichtung zur Mitarbeit nur für "gewerbliche Betreiber" von Telekommunikationsanlagen gelten, also für Unternehmen, die damit ihr Geld verdienen. Nun sollen auch noch "geschäftsmäßige Betreiber" (also auch der Internet-Zugang über die Uni) dazukommen, also alle Firmen, die eigene Netze für den internen Datenaustausch nutzen. Sogar Betreiber von Funknetzen kurzer Reichweiten, wie sie etwa auf Flughäfen genutzt werden, sind betroffen. Und die Betreiber von Mailboxen würden dann wohl ebenfalls in die Reichweite des Gesetzes geraten. Die Datenschützer sind sich nur noch nicht einig, ob damit auch jeder Gewerbetreibende mit einer Nebenstellenanlage der Regulierungsbehörde Auskunft zu geben hätte.

Daß nun so vehement Daten gesammelt werden sollen, nur weil man gelegentlich Anschlüsse überwachen muß, ist kein Zufall. Die Bestimmungen zur Überwachung selber sind schon vorher gehörig verschärft worden. Vor ziemlich genau einem Jahr trat die sogenannte Fernmeldeanlagen-Überwachungsverordnung (FüV) in Kraft. Sie verpflichtet alle Anbieter, eine sogenannte Abhörschnittstelle für richterlich angeordnete Überwachungen bereitzuhalten; ebenfalls auf eigene Kosten.

Damit ist für alle Telekommunikationsdienste die technische Mindestausstattung auf drei Leitungen festgelegt:

- eine für die Kunden
- eine für den unbeschränkten und unbemerkten Zugriff der Regulierungsbehörde auf die Kundendaten und
- eine, damit gegebenenfalls auch noch eine gerichtlich angeordnete Überwachung stattfinden kann. Genaugenommen sieht die FüV sogar vor, daß "gleichzeitig mehr als eine Überwachung je Anschluß" möglich sein muß.

In der Bundesrepublik wird beim Abhören seit jeher nicht gekleckert. Unter den bekanntgewordenen Fällen liegt der Spitzenwert bisher bei **300 000 abgehörten Telephonaten im Verlauf einer einzigen Überwachung**. So geschehen 1994 bei einer nicht näher bezeichneten Polizeifahndung in Baden-Württemberg.

Im Jahre 1992 wurden in Deutschland 3433 Telephonüberwachungen richterlich angeordnet. Die USA kamen im selben Jahr lediglich auf 770. Dort überprüft außerdem ein Richter in jedem einzelnen Fall, ob die Überwachung das erhoffte Ergebnis hatte. Hierzulande kann von einer Erfolgskontrolle keine Rede sein. Statt dessen **soll** laut TKG-Entwurf nun auch noch **die Weitergabe von Überwachungsstatistiken verboten werden**.

Das neue Gesetz schreibt die rigide Regelung der Fernmeldeüberwachungsverordnung nun endgültig fest, und das angesichts der Tatsache, daß Datenleitungen für den Austausch von Informationen immer wichtiger werden. Es geht längst nicht mehr nur Gespräche. In dem Maß, in dem Computer und Netze sich zu einem neuen Medium verbinden, kommen neue Formen der Nutzung hinzu, etwa Telearbeit, Telebanking und Telemedizin.

Schon heute ist etwa die von der Verfassung geschützte Pressefreiheit weitgehend untergraben. Wenn Verbindungsdaten beschlagnahmt werden dürfen, aus denen hervorgeht, wen eine Redaktion angerufen und wer sich bei ihr gemeldet hat, kann von Informantenschutz keine Rede mehr sein. Das ZDF machte diese Erfahrung während der Fahndung nach dem Immobilienspekulanten Schneider. Die Strafverfolger hatten sich damals bei einem Mobilfunkbetreiber die Verbindungsdaten der Redakteure besorgt, die mit dem Fall befaßt waren.

Doch von den berufsmäßigen Datenschützern abgesehen, hat bisher kaum jemand den TKG-Entwurf kritisiert. Kein Vergleich mit der allgemeinen Entrüstung in den USA, als in den Jahren ´94 und ´95 ein Äquivalent zur FüV, die Digital Telephony Bill, vorgelegt wurde. Dabei wurden dort weder derart weitreichende Abhörmöglichkeiten noch die Übernahme der Kosten durch die Anbieter gefordert.

Daß es teuer werden könnte, war bislang das einzige, was die Anbieter hierzulande aufgebracht hat. Die Mobilfunkbetreiber Mannesmann und E-Plus befürchteten schon bei der Einführung der FüV Zusatzkosten für Leitungen und technische Änderungen in zweistelliger Millionenhöhe. Damals verschickten die beiden Firmen ein Protestschreiben an Postpolitiker in Bund und Ländern: Man könne ihnen nicht auch noch die Aufgaben der Strafverfolgung aufbürden, klagten sie darin; notfalls würden sie sich rechtliche Schritte vorbehalten.

Geschehen ist bisher nichts. Man hört höchstens ab und zu ein Grummeln. Uwe Bergknecht vom Internet-

Provider Xenologics in Köln beklagt etwa, daß seine mittelständische Firma für den Zugriff auf die Kundendaten eigens Programme entwickeln und einen zusätzlichen Computer anschaffen müßte. Beides würde sich leicht auf 50 000 Mark summieren.

Bergknecht kann nicht nachvollziehen, was sich die Polizei von den Daten seiner Kunden verspricht: "Wenn die wirklich einen Mafioso überwachen, kann der doch seinen Verkehr einfach verschlüsseln. Und wenn er das hier nicht darf, dann nutzt er einen sicheren Netzrechner im Ausland."
In der Tat: Je mehr der Staat das Fernmeldegeheimnis schwächt, um so häufiger werden Kundinnen und Kunden zur Selbsthilfe schreiten und ihre Daten verschlüsseln. Die nötige Software ist allgemein verfügbar; von dem populären Programm **PGP** gibt es sogar schon eine Variante, die Telephongespräche verschlüsseln kann. Solche Mittel sind nicht einmal auszuschalten, indem man Verschlüsselungsverfahren generell verbietet. Es gibt auch schon Software, mit der sich verschlüsselte Nachrichten vor der Übertragung unauffindbar verstecken lassen, beispielsweise in unverfänglichen Bilddateien.

Noch sicherer und anonymer ist das Versenden der Mails über sogenannte Remailer, wobei die Mails auf dem Weg von einem Remailer zum nächsten immer wieder anonymisiert werden, sodaß das Rückverfolgen zum Absender fast unmöglich wird. In Frankreich ist das Benutzen jeglicher Verschlüsselungs-Software verboten. Wer sich dort etwa vor den neugierigen Blicken des System-Administrators eines Unternehmens in seine Mail schützen will, hat dennoch die Möglichkeit, seine Nachrichten in unverfänglichen Bild- oder Tondateien zu verstecken. Und Kriminelle werden sowieso immer Wege finden, daß die Inhalte anderen nicht bekannt werden können. Wer aus anderen Gründen seine Privatsphäre bewahren möchte, kann schnell kriminalisiert werden, siehe Frankreich. Und das man schnell schuldlos in die Maschen einer Rasterfahndung geraten kann, die mit solchen Möglichkeiten erst richtig effektiv wird, zeigen Erfahrungen aus der jüngsten Vergangenheit.

Wie ernst die Autoren des TKGs das Fernmeldegeheimnis nehmen, zeigt der Umstand, daß sie ganz vergessen haben, eine Strafe für seinen Bruch hineinzuschreiben. Wer es künftig antastet, tut zwar etwas Verbotenes, wird aber, wenn es bei dieser Fassung bleibt, nicht mehr bestraft.

In den Paragraphen 82 bis 88 werden die Anbieter von Telekommunikationsdiensten zu umfangreichen Hilfsdiensten verpflichtet:

- Sie müssen Strafverfolgern, Polizei, Zollfahndern und Geheimdiensten "unverzüglich und vorrangig" einen Zugang für die Übertragung von Informationen schaffen, die "im Rahmen einer Überwachungsmaßnahme" anfallen.
- Aus den Kundendateien der Anbieter dürfen staatliche Stellen Daten ermitteln, "die konkrete Indizien für eine mißbräuchliche Inanspruchnahme von Telekommunikationsdienstleistungen enthalten"
- Jeder Anbieter muß Kundendateien führen, in denen Rufnummern, Rufnummernkontingente sowie Name und Anschrift ihrer Inhaber aufgeführt sind - "auch soweit diese nicht in öffentliche Verzeichnisse eingetragen sind".
- Eine neue Regulierungsbehörde, die als obere Bundesbehörde beim Bundeswirtschaftsministerium angesiedelt ist, darf im Auftrag staatlicher Sicherheitskräfte aus den Kundendateien in einem automatisierten Verfahren jederzeit "Daten oder Datensätze" abrufen, "soweit dies zur Erfüllung ihrer gesetzlichen Aufgaben erforderlich ist".
- Von solchen automatisierten Abrufen darf der Telekommunikations-Anbieter selbst nichts erfahren. Er darf auch Kunden nicht darüber informieren.
- Die gesamten Einrichtungen für den staatlichen Zugriff müssen die Anbieter selber technisch entwickeln, sich von der neuen Regulierungsbehörde genehmigen lassen und auch selbst die Kosten tragen.

Was soll also dieses Gesetz? **Es ermöglicht den Sicherheitsbehörden unbeschränkten Zugriff auf intime persönliche Daten**. Es kann den „kriminellen“ Gebrauch der Dienste nicht verhindern. Es erzeugt unnötige finanzielle Aufwendungen, die der Normalkunde zu tragen hat. Das Gesetz definiert keine Regelungen oder Strafe gegen Mißbrauch.
Mit diesem Gesetz bewegen wir uns zielstrebig in Richtung Überwachungsstaat, auch wenn das den wenigsten bewußt ist, weil sie vielleicht die technischen Möglichkeiten nicht abschätzen können. Es gilt dieses Gesetz in seiner jetzigen Form zu verhindern. Sind nämlich die Weichen erstmal gestellt, wird es sehr schwer, vollendete Tatsachen zurückzunehmen.

Des weiteren verhindert es, daß die ganzen kleinen Anbieter etwas vom großen Internet-Kuchen abkriegen. Ein kleiner Provider wird sich kaum die geforderten Einrichtungen leisten können. Lediglich große Anbieter machen das Rennen.
Informationen im Internet:

http://www5.inm.de/tkg/

Newsgruppen:
de.soc.datenschutz
de.soc.netzwesen

Verschlüsselt eure Mail mit PGP!

Bundeskanzler erbost über Krawall beim Papstbesuch

Bundeskanzler Helmut Kohl ist über die Zwischenfälle während des Besuchs von Papst Johannes Paul II. am Sonntag abend am Brandenburger Tor verärgert.

Wie Kanzler-Berater Andreas Fritzenkötter gestern bestätigte, habe Kohl seinen Unmut am Montag im CDU-Vorstand geäußert. Kohl nannte es ein „starkes Stück", daß der Heilige Vater in Berlin mit Farbeiern beworfen und ausgepfiffen worden sei, und meinte, er habe sich am Brandenburger Tor für das Verhalten der Chaoten geschämt.

Kohl habe darauf hingewiesen, daß der Senat zukünftig stärker darauf achten solle, daß so etwas nicht wieder vorkomme, es gebe ein „unbestreitbar schlechtes Bild" von der Stadt ab. Fritzenkötter erklärte, daß es keine Überlegungen gebe, künftig weniger Staatsbesuche in Berlin stattfinden zu lassen. Kohl habe weiterhin „Spaß an der Hauptstadt", so Fritzenkötter.

Innensenator Jörg Schönbohm (CDU) erklärte gestern, es solle geprüft werden, welche Möglichkeiten bestehen, „in rechtsstaatlich gebotener Weise" gegen derartige Störungen vorzugehen. Das alleinige Ziel der Störer sei es, andere Personen an der Ausübung ihrer Grundrechte zu hindern. Anfang nächsten Monats solle es ein Treffen der zuständigen Sicherheitsbehörden geben.

Senator Schönbohm dankte der Polizei für ihren „vorbildlichen Einsatz" und bedauerte den Wurf von zwei Farbeiern auf das „Papamobil". Es sei aber nicht völlig auszuschließen, daß Störer in die unmittelbare Nähe des Papstes gelangten. Der Besuch sei zu keinem Zeitpunkt „nennenswert beeinträchtigt" worden. *Niko*



Hausräumung in der Kreutzigerstraße 11

Friedrichshain: 200 Beamte im Einsatz

(ND-Kollewe). Mit rund 200 Beamten in 22 Mannschaftswagen und anderen Fahrzeugen hatte sich die Polizei am Dienstag früh zur Räumung des Hauses Kreutzigerstraße 11 aufgemacht. Der Eigentümer des Hauses, das derzeit saniert werde, habe Strafantrag und ein Räumungsbegehren gestellt, sagte Christiane Krüger von der Polizeipressestelle. Bis auf zwei Parteien seien die Mieter in Ersatzwohnungen gezogen. Seit Anfang des Monats wären Jugendliche angetroffen worden, die illegal das Haus bewohnten. Das Massivaufgebot der Polizei rechtfertigte sie als Vorsichtsmaßnahme. Die Aktion verlief ohne Zwischenfälle.

Die 200 Beamten stellten die Personalien von neun Personen, darunter sechs Jugendlichen, fest. Gegen sie wird wegen Hausfriedensbruch, Sachbeschädigung und Diebstahl ermittelt. Ein Mann wurde mit Haftbefehl wegen eines Verkehrsdelikts gesucht. Zudem entfernten die Beamten als »gefahrenabwehrende Maßnahme« von Balkonen des Hauses 21 Stacheldraht sowie leere Flaschen.

Der PDS-Abgeordnete Freke Over forderte in diesem Zusammenhang erneut ein sozial betreutes »Weglaufhaus« für Minderjährige, wie von der BVV Friedrichshain beschlossen. Die Räumung löse nicht die Probleme der Trebekids.

Nebenbei: Dieser Tage erst hatte der Chef der Gewerkschaft der Polizei mitgeteilt, daß die Mittel für Dienstbenzin nur noch knapp drei Monate ausreichten.



Die geballte Staatsmacht wacht — ND-Foto: Burkhard Lange

Marchstraße 23 nicht geräumt

Besetzer nicht angetroffen

(ND). Ein Räumungsurteil in der Marchstraße 23 in Charlottenburg konnte am Montag nicht durchgesetzt werden. Der erwartete Gerichtsvollzieher hatte in dem seit rund sieben Jahren besetzten Haus niemanden mehr angetroffen, gegen den das Räumungsurteil gerichtet war. Die meisten der 20 Betroffenen sind bereits unter neuen Adressen gemeldet. Gegen die jetzigen Bewohner hatte der Gerichtsvollzieher keine rechtliche Handhabe.

Die Hauseigentümerin hatte 1990 gegen die polizeiliche gemeldeten Bewohner der Marchstraße 23 eine Räumungsklage eingereicht. Ende 1995 erging das Urteil gegen die Besetzer. Der gleichen Eigentümerin gehört in der Nachbarschaft das ebenfalls besetzte Haus am Einsteinufer.

Feuer in Wagenburg

Bald Umzug nach Dallgow?

(ND). In der Wagenburg hinter der East-Side-Gallery war am Montag ein Feuer ausgebrochen. Die Feuerwehr löschte den Brand, ein Bauwagen war bis aufs Fahrgestell niedergebrannt.

Nach jüngsten Vorstellungen der Senatsgesundheitsverwaltung soll die Wagenburg auf den stadteigenen ehemaligen Flugplatz Staaken bei Dallgow umziehen. Die Gemeindeversammlung muß dem allerdings erst noch zustimmen.

Ärger mit den Hauptstädtern

Pfiffe gegen das Militär und Farbeier gegen den Papst

BERLIN (Gru). Wenn in Berlin ein Ereignis von nationalem oder internationalem Rang naht, ist prompt auch lautstarker Protest zur Stelle. Bald sind 33 Festnahmen das Ergebnis, bald 22. Solche Zwischenfälle gehen nicht nur die Polizei an, sondern werfen die Frage nach dem Selbstverständnis einer Stadt auf, die Metropole sein will. Ist Berlin weltoffen und tolerant oder bloß ruppig, egozentrisch, ungastlich, provinziell?

Zwei Ereignisse mit denkwürdiger Begleitmusik sind in frischer Erinnerung: die Gelöbnisfeier von Rekruten der Bundeswehr und der Papst-Besuch. Die Rekruten-Vereidigung war von Getöse begleitet – und der „Vereidigung von Gartenzwergen". Das Papamobil von Johannes Paul II. trafen zwei Farbeier, die Reden am Brandenburger Tor wurden durch Pfiffe und Buhrufe gestört, eine „Gegenpäpstin" gekürt, und auf dem Schöneberger Rathaus wehte die Schwulenfahne.

Dem Bundeskanzler reichte es. Helmut Kohl soll im CDU-Präsidium über die „peinlichen Vorfälle" beim Papst-Besuch gepoltert und zur Strafe gedroht haben, Staatsbesucher an Berlin vorbei zu leiten. Der Senat wollte es rasch vergessen machen. Auf die Frage, ob er sich von Kohl angesprochen fühle, antwortete Eberhard Diepgen dem Tagesspiegel dieser Tage: „Nein." Der Kanzler habe einfach „emotional" reagiert, grollt ein Diepgen-Vertrauter und erinnert mit Lust an die verpatzte Freudenkundgebung vom 10. November 1989: „Kohl denkt doch hier bei jeder Trillerpfeife gleich daran, wie er damals am Schöneberger Rathaus ausgepfiffen wurde, das vergißt der nie." Auch dieser Satz ist in Senatskreisen zu hören: „Besser öffentliche Unterstützung des Kanzlers als öffentliche Abmahnung." Das klingt immerhin nachenklicher.

Ist Berlin eine Hauptstadt ohne Hauptstädter? „Wir schlüpfen nicht in die Rolle Bonns, sondern müssen die Hauptstadtrolle neu annehmen. Das haben wir erst geschafft, wenn wir gelassen sind", sagt Kultursenator Peter Radunski. Aber: „Sehen Sie sich in London oder Paris um. Hauptstädte unserer Tage sind Orte der staatlichen wie der oppositionellen Repräsentanz." Kritik fällt ihm an einer „parasitären Presse" ein, die Minderheiten mit einem „gewissen Hang zum politischen Exhibitionismus erst zur Aufmerksamkeit verhilft".

Eine vielschichtige Großstadt ist kein Puppenheim. Und ganz artig ging es in Bonn auch nie zu, wie Zugereiste wissen. Innensenator Schönbohm erinnert sich des Großen Zapfenstreichs zum 40jährigen Bestehen der Bundeswehr im Bonner Hofgarten, bei dem er Blut und Wasser schwitzte: „Es gab Pfeifkonzerte. Nur standen die Mikrofone so, daß es nicht gellend zu hören war."

HE'S DEAD, JIM!

Um die hiesige „Szene" macht sich Jörg Schönbohm allerdings ernste Gedanken: „Diese Stadt gehört nicht mehr den Berlinern allein. Das muß man sagen dürfen." „Wenn das Lärmen das Recht auf freie Meinungsäußerung übertönt, muß man ein paar Störenfriede festnehmen." Und die Sache mit der Schwulenfahne, die nicht neben der Bundes- und der Berliner Flagge wehen darf, hat womöglich ein Nachspiel: „Der Innensenator hat die Flaggenordnung, der Regierende Bürgermeister die Dienstaufsicht über die Bezirksbürgermeister."

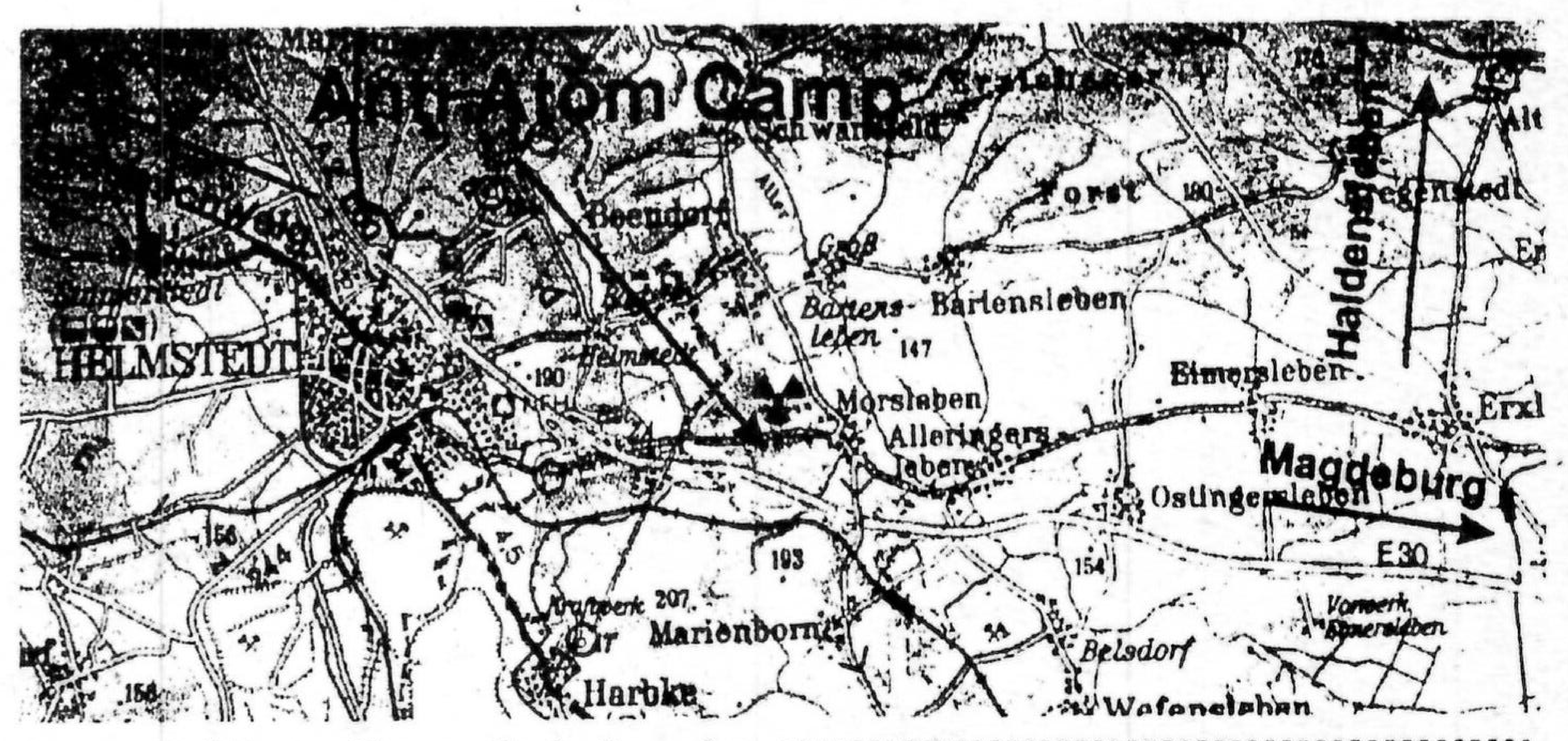
[TS]

Anti-Atom-Aktionstag in Morsleben

Es war doch nicht alles schlecht ...

in der DDR, zumindest das Atomklo im Osten können wir übernehmen. So dachten sich die Regierungspolitiker 1990 und verordneten per Einigungsvertrag den Weiterbetrieb des ERA Morsleben bis zum Jahr 2000. Die Atommüllkippe Morsleben ist ein ehemaliges Salzbergwerk, in das 1972 erstmals probeweise Atommüll eingelagert wurde. Die 1984 erteilte Bertiebsgenehmigung, als Pseudo-Planfeststellungsbeschluß, bildet die Grundlage für den Betrieb auch nach der Wende. Der Weiterbetrieb ist ganz einfach illegal:

- es fand keine Öffentlichkeitsbeteiligung statt, es gab keine Umweltverträglichkeitsprüfung,
- dort lagert, obwohl die Genehmigung dafür abgelaufen ist, hochradioaktiver Müll,
- die Salzschwebe (die Dicke des Salzes zum Deckgebirge) beträgt teilweise nur 32 m, obwohl nach „West"-Standart min. 150 m gefordert werden,
- die geologische Formation - Allertal-Zohne - ist für Endlager völlig ungeeignet
- es gibt ca. 20 Tropfstellen, bei einer ist die Herkunft aus dem Deckgebirge nachgewiesen.



GEPLANTES PROGRAMM

Die bisherigen Planungen für das Camp sehen unter anderem folgendes vor:

- ☒ Aktionen
- ☒ Vorträge, Workshops, Diskussionen und Videos zum Thema Atomkraft
- ☒ Konzerte am 24., 26. und 27. Juli
- ☒ *Aktionstag am 27.7.* mit Infoständen, einem buntem Programm und einer Überraschungs - Aktion

Es wird ausreichend Platz geben für Eure Beiträge zum Programm des Camps.

Organisatorisches

Bei der Anreise mit der Bahn fahrt ihr am besten bis zum Bahnhof Marienborn. Von dort sind es noch ca. 30 Minuten Fußmarsch. Wenn Ihr uns vorher anruft können wir Euch auch abholen. **An Kosten müßt Ihr, inklusive Verpflegung, 60 - 80 DM nach Selbsteinschätzung einplanen.** Bitte meldet Euch vorher an, damit wir besser planen können.

Da die Morsleber BürgerInnen uns nicht besonders freundschaftlich gesinnt sind, müssen wir relativ „autark" leben. Da nicht klar ist, ob wir Holzhütten basteln dürfen, ist es sinnvoll, neben Isomatte, Schlafsack, Geschirr, Geld, Personalausweis und Lieblingsbuch auch Zelte mitzubringen. Wenn viele Leute noch Lust haben läßt sich der Aufenthalt sicher noch verlängern!
Fest steht: wir können den Acker nutzen, es wird keiner verhungern und das Camp hat nur Erfolg wenn Ihr kommt !!!

Aktuelle Infos gibs bei der:

Anti Atom Gruppe
Harsdorfer Str. 49
39110 Magdeburg
Tel.: 0391/7315980
Fax: 0391/7315982

V.i.S.d.P. Michael Schmidt, Gardelegen

Wir stellen uns quer

"... was soll'n wir mit dem Castor?"

Einige Feststellungen vorab - antipasti

Am 8. Mai hat der zweite sog. Castor-Behälter das Zwischenendlager in Gorleben erreicht. Dazu hat der Rat für auswärtige Angelegenheiten der freien Republik Wendland festgestellt, daß das wesentliche Ziel, die Verhinderung des Transportes, nicht gelungen ist. Das Konzept jedoch, den Transport politisch und finanziell noch teurer zu gestalten, ist voll aufgegangen. Es waren Anfang Mai weitaus mehr Menschen auf den Straßen und Schienen, der Charakter des Widerstandes ist noch vielfältiger und in allen Bereichen noch entschiedener geworden..

Das Konzept des Staates und der Betreiberfirmen ist nicht aufgegangen. Weder sind diese Transporte ins Wendland zur Normalität geworden, wie die Faßtransporte ins Abfallager Gorleben nach dem ersten Tag X 1985, noch hat es eine Spaltung des Widerstandes gegeben. Auf das schwierige Verhältnis einiger StrömungsvertreterInnen mit der Vielfalt des Widerstandes werden wir noch eingehen.

Die Medien haben das Bild der Aktionstage massiv verzerrt. Es gab keinen "Bürgerkrieg" im Wendland, (es flogen mehr Grassoden als Steine, letztendlich gibt es einige Demos im Jahr, wo mehr Wurfgeschosse fliegen als auf der gesamten Transportstrecke in zwei Tagen), sondern es gab vielfältig entschlossenen Widerstand.

Erster Gang - primo piatti

Nur durch massiven Widerstand wurde eine große und überregionale Öffentlichkeit zum Thema hergestellt. So wurde das Problembewußtsein um die ungelöste Atommüllfrage vertieft und zusätzlich ganz massiv die Frage nach der Legitimität staatlichen Handelns bei der Durchsetzung politisch-wirtschaftlicher Interessen aufgeworfen.
Der politische Angriff auf eine entscheidende Schwachstelle im Atomprogramm, die ungelöste Müllfrage, wurde mit einem Angehen der praktischen Schwachstelle, den Transporten, wirkungsvoll kombiniert. Hier ließ sich auch die Verfilzung der beteiligten Firmen unter strategischer Hervorhebung der Bahn AG darstellen. Gleichzeitig wurde damit eine Orientierung für ganz vielfältige Aktionen zum Thema geschaffen. Im Gegensatz zu den 80er Jahren drückten sich Protest und Widerstand sowohl im Vorfeld des Transportes als auch am Transporttag selbst, überregional und oft überraschend aus.
Überraschungsmoment, Unberechenbarkeit und Vielfalt waren auch die tragenden Momente des Widerstandes im Wendland selbst. Ob an dem Wochenende vor dem Transport (der sog. X minus Zeitraum) oder am Transporttag selbst: die Vermischung der unterschiedlichsten Widerstandsformen hat gut funktioniert; und sie ist eine gewachsene Realität geworden. Vor allem zwischen Dannenberg und Gorleben haben sich Sitzblockaden und Tunnelbau, Barrikaden bauen und Schmierseife verteilen, massenhafte Anwesenheit von Mensch und Heuballen, hervorragend bewährt. Nur da, wo auf andere Protestformen keine Rücksicht genommen wurde (Steine in die eigenen Reihen werfen bzw. den Abprallfaktor ignorieren; die PKWs anderer als Barrikade benutzen; militantes Entmummen seitens selbsternannter Gewaltfreier), gab es Brüche in der vielfältigen Gemeinsamkeit des Agierens.
In den größeren Menschenansammlungen haben auch Personen zu Spaten und Schraubenschlüssel gegriffen, die so etwas bisher nicht getan haben. Prinzipiell halten wir es für eine förderungswürdige Entwicklung, daß Menschen erste Blockade- oder Barrikadeerfahrungen sammeln.
Deshalb können und wollen wir nicht verstehen, wieso Teile der Bürgerinitiative und des Gewaltfreien Spektrums sowohl im Vorfeld des letzten Castor-Transportes als auch verstärkt im Hinblick auf weitere Aktionstage den massenhaften Widerstand auf Sitzblockaden allein festlegen wollen. Ein dogmatisch durchgesetztes Konzept von Gewaltfreiheit oder auch von Massenmilitanz (das Wendland ist kein Platz zum Ausleben der putzigen Randale) ist politisch falsch und wäre beim letzten Transport völlig gescheitert. Es hat sich gezeigt, daß selbst Gruppen innerhalb eines Spektrums mit sehr unterschiedlichen Aktionsformen Widerstand leisten. Auch Einheimische und Auswärtige sind in sich nicht homogen und wollen sich schon gar nicht gleichschalten lassen. Auch nicht von jenen Kreisen, die die "Massen" lediglich als Zahl denken und denen es offensichtlich nicht um Massenaktivitäten geht.
Nach unserer Einschätzung hingegen lassen sich sowohl der Aktionsradius der fundierten Kleingruppen als auch die Möglichkeiten der Ausdrucksformen der großen Menschenansammlungen noch verbessern. Das ganze Spektrum der Widerstandsformen muß gewollt sein, und dies muß auch so gesagt werden.

Hauptgericht - zweiter Gang - secondo piatti

Es gab für die Betreiberseite weder juristisch noch praktisch zwingende Gründe für den X^2 Transport. Die Ursachen für das aufwendige Szenario müssen folglich woanders liegen. Sicher haben sich Staatsorgane und Betreiber ganz gewaltig geirrt, wenn sie auf einen "Gewöhnungseffekt" gesetzt hatten.

Unser großer politischer Erfolg resultiert auch aus der Fehleinschätzung der Betreiber: Dieser X^2 Castor sollte die Lageroption Gorleben auch gegenüber der Cogema in La Hague deutlich machen. Damit erhofften sich die Atomstromer eine bessere Ausgangslage in den Verhandlungen mit den WAA-Firmen um eine längerfristige Lagerung des Atommülls im Ausland. Diese sind aber nicht die einzigen Alternativen zur "Zwischenendlagerung" in Gorleben. An den Standorten Ahaus und Greifswald werden auf rechtlicher und baulicher Ebene die Voraussetzungen für die Einlagerung von weiteren Castor- und ähnlichen Transporten geschaffen.
Obwohl das Atomprogramm keine zentrale Schlüsseltechnologie in der BRD mehr ist, so ist es doch Bestandteil eines Systems von Großtechnologien und Konzernverflechtungen. Der Zentralismus in der Energieversorgung und hierarchisierende Tendenzen im gesellschaftlichen Gesamtgefüge sind Bedingungen dieses Systems. Das Atomprogramm wird weiter gepusht, gemäß der Devise: Was gut für Siemens/Bayernwerk etc ist, ist gut für den Standort Deutschland. Die Menschen werden mit dieser Ideologie wahlweise zum Sicherheitsproblem oder Kostenfaktor reduziert. Hier greift dann das staatliche Interesse und hieraus erklärt sich auch ein Teil des Polizeieinsatzes: Das massenhafte Aufkündigen des Gehorsams und die aktive Bereitschaft den Protest auszudrücken, können nicht hingenommen werden, stellen sie doch Hierarchie und Zentralismus ernsthaft in Frage. Rür "Sicherheitsexperten" aus Innenministerium und Polizeiführung ist dies eine traumatische Vision in der obrigkeitsstaatlichen Vorstellungswelt. Und so übt die Polizei, wohlgemerkt, den Belagerungszustand und die Unterdrückung einer ganzen Region. Für Sandkastenplaner der neuen Weltordnung war der Tag X^2 auch die Gelegenheit, große Mengen an Mensch und Technik unter quasi "echten" Bedingungen einzusetzen, Koordination zu üben und nebenbei Unmengen an Daten zu gewinnen. Übrigens ohne jedes größere Risiko. Zur Legitimation ihres Einsatzes dienten dann die Lügen und Verdrehungen, die große Teile der Medien vor allem fernab der Handlungsorte wiedergaben.
Trotz Alledem: Der erfolgreiche Widerstand hat zu hektischer Betriebsamkeit bei Merkel&Schröder geführt. Diese Profilierungsfraktion in der Politik versucht derzeit dilettantisch, einen "Energiekonsens" im 4. Anlauf herzustellen. Damit wird, nicht ganz nebenbei, die politische Ruhigstellung des Widerstandes bezweckt und eine Einlullung der kritisch-skeptischen Bevölkerung.versucht. Gerade die public-relation Auftritte von SchröderMerkel sind ohne weitgehenden Einfluß, da die "Lösungen" in den Vorstandsetagen von DeutscherBankRWESiemensetc vorgedacht und, wie beim Ausstieg aus WAAckersdorf, auch getroffen werden.
Fazit: "Merkel und Schröder machen uns zwar blöder, haben aber nicht viel zu melden"

Auch Versuche, Konsensrunden von unten herzustellen, rühren an dieser Machtfrage wenig und führen letztendlich zu einer Spaltung in "Realpolitiker" und "Radikale" innerhalb der Anti-AKW-Bewegung. Darin kann keine Perspektive für den Widerstand liegen.

Nachschläge und Vorschläge - protesti

Wie schon eingangs erwähnt, ist sowohl der Castor am Bestimmungsort angekommen als auch das Konzept des Widerstandes aufgegangen. Dieser scheinbare Widerspruch erklärt sich aus der Konzentration der Aktivitäten auf das X^2 - minus Wochenende und den Transporttag. Wenn, was wir für richtig halten, der Castor nur im Vorfeld politisch verhindert werden kann, bevor sich der Apparat aufgebaut hat, dann muß auf das Vorfeld in Zukunft mehr Augenmerk gelegt werden. Dies bietet auch die Möglichkeit, die anderen Standorte besser einzubeziehen. Die Orientierung auf die Bahn hat sich als ein Element bewährt und wird sicherlich ihren Platz im zukünftigen Widerstand finden.

Ab Juli werden die ersten ausgearbeiteten Diskussionspapiere für eine überregionale Castor-Verhinderungs-Kampagne vorliegen. Wir hoffen, daß diese Vorschläge in Gruppen, Regionalplena etc weiterentwickelt werden. Auf den folgenden Delegiertentreffen oder spätestens auf der Herbstkonferenz der Anti-AKW-Bewegung in Hamburg sollte daraus ein von allen getragenes Konzept erstellt werden.

Termine: 17.8. ca. 13.00 Uhr, Delegiertenplenum in Lüneburg, auf Einladungen achten
27.-29.9. Herbstkonferenz in Hamburg, auf Einladungen und Veröffentlichungen achten

PS.: Bitte veröffentlicht eure Vorschläge zum "CASTOR etc" in unterschiedlichen Medien, damit sie auch wahrgenommen werden. (Zum Beispiel Anti-Atom-Aktuell, Castor-Rundbrief, Interim, Graswurzelrevolution)

Heidegruppe, Thesenpapier zur Diskussion Juli 1996

(Gegen-)Presseerklärung
der geräumten BesetzerInnen aus Freiberg

(SACHSEN)

Da der Pressebericht vom 2.7.1996 unserer Meinung nach unvollständig, z.T. falsch und aus dem Zusammenhang gerissendargestellt wurde, möchten wir, die betroffenen Jugendlichen, hiermit zur Aufklärung der Ereignisse beitragen.

Sechs Jahre nach der Anexion der DDR stellt sich die Wohnraum - situation so dar, wie dies die politische und wirtschaftliche Ent - wicklung in dieser Zeit erwarten ließ. Bezahlbarer Wohnraum wird nach und nach abgeschafft, um die Menschen immer weiter in die Ab - hängigkeit von Geld(und somit Arbeit) zu treiben. Dabei werden die verschiedensten Varianten der Vertreibung von Menschen aus ihrem Wohnraum angewandt, um weitere Spekulations -und Machtgewinne zu er - zielen. Dies alles passiert natürlich auf "rechtsstaatlicher und demokratischer" Grundlage. Über Gebäude, die(noch) im städtischen Besitz sind, wird entschieden, als wären sie(schon) privatisiert. Dies führt dazu, immer mehr Menschen, vor allem Jugendliche, aus der Gesellschaft auszustoßen und zu isolieren. Das ist zwar den verantwort lichen PolitikerInnen bekannt(auch Herrn Bürgermeister Heinze !), doch kann mensch von diesen Leuten auch kaum Interesse erwarten, dies zu verändern, weil ihre privaten Verhältnisse im Vordergrund ihrer Überlegungeh stehen.
Gerade am Bsp. der Mönchsstraße 28 lassen sich die realen Freiberger Verhältnisse sehr gut beschreiben. Jede/r FreibergerIn weiß, daß hier politische und wirtschaftliche Interessen in z.T. familiär be - gründeten Beziehungen "wunderbar" ineinander übergreifen. So auch im sogenannten Gerberviertel (Meißner Gasse/Mönchsstraße), wo ganze Häuserreihen aus dem damaligen Volkseigentum an eine (einfluß-)reiche Person übereignet wurden. Eine Ausnahme war das Haus Mönchsstraße 28, was bis jetzt städtisches Eigentum ist. Doch auch hier sollte eine der üblichen Varianten angewandt werden, um die dort wohnenden Menschen zu vertreiben und ein weiteres Spekulationsobjekt ins "Spiel" bringen zu Können. Auch ein Jugendlicher von uns hatte seit Okt.1995 einen Mietvertrag für eine Wohnung. Dieser wurde durch die Freiberger Wohnungsgesellschaft bis zum 30.6.1996 befristet. Bedingt durch den Frost im Winter platzten die Wasserrohre an den Zuleitungen in die Obergeschosse.Mit dem Hinweiß, daß es während der Frostperiode keinen Sinn hätte etwas zu reparieren, veranlaßte die Gebäudewirtschaft,daß die Wasserleitung abgetrennt und somit nur noch Wasser holen im Keller möglich war. Einem Mieter wurde damals anderer Wohnraum zugewiesen. Einer älteren Mieterin aus dem Dachgeschoss wurde erst im Mai 1996 eine andere Wohnung gegeben. Bis dahin durfte die alte Frau täglich ihr Wasser aus dem Keller bis in den 3.Stock schleppen, da die Gebäude-wirtschaft "keinen Sinn mehr darin sah, an dem Gebäude etwas zu machen Mehrere Jugendliche von uns, die dringend Wohnraum benötigen, zogen nach und nach ins Haus mit ein. Waren es Anfang Mai noch vier, so wohnten Ende Juni 1996 schon neun Jugendliche im Haus. Die Wasser - leitung wurde durch uns provisorisch repariert. Aus Gesprächen mit Vormietern erfuhren wir, daß das Haus zugemauert werden sollte. So beschlossen wir, dies nicht zuzulassen und den Wohnraum weiter zu nutzen. Seitens der Wohnungsgesellschaft, die längst wußte, daß wir das Haus bewohnen, kam es nun zu schriftlichen Anschuldigungeb, Ver - leumdungen und Beleidigungen. So wurde in einem Schreiben Anfang Juni behauptet, wir hätten unsere "Notdurft aus geöffneten Fenstern ver - richtet" und der Mieter und seine Bekannten hätten "den Hausfrieden mehrfach gestört".
Da wir uns die Reaktion der Gebäudewirtschaft und demzufolge auch der Polizei ausrechnen konnten, wollten wir die Öffentlichkeit auf unsere Situation aufmerksam machen. Am letzten Wochenende vor Vertragsende haben wir deshalb das"1.Autonome Bergstadtfest" mittels Transparent ausgerufen und Straßencafe' gemacht.

Polizeigroßeinsatz in der Mönchsstraße -

Zu den Ereignissen am Montag, dem 1.Juli 1996 wäre folgendes zu sagen:
Gegen zehn Uhr wurden wir, sieben Jugendliche(zwischen 17 und 28 Jahren), durch das klingeln von Einsatzkräften der Polizei geweckt. Sie forderten uns auf, die Tür zu öffnen und unverzüglich das Haus zu verlassen. Da wir zuvor mit Vertretern der Wohnungsgesellschaft sprechen wollten, verbarrikadierten wir die Türen, um die angedrohte Räumung vorerst zu verhindern. Nach einiger Zeit gelang es uns, mit dem Geschäftsführer der Wohnungsgesellschaft Weiß zu verhandeln. Dieser sicherte uns zu, im Falle des freiwilligen Verlassens des Hauses, von einer Strafanzeige abzusehen und sich für "kostengünst." Wohnraum für uns einzusetzen. Außerdem wurde uns mitgeteilt, daß das Haus zukünftig als Mädchenhaus des CJD genutzt und deshalb um - gebaut werden müsse.
Da die Räumung des Hauses von Bürgermeister Heinze angeordnet wurde, der später vom Landrat direkt an den Ort des Geschehens kam(trendy mit Handy), gab es für uns zu diesem Zeitpunkt keine andere "Alter - native", als dem Räumungsdruck der mit Schußwesten, Helmen und Waffen ausgerüsteten Polizeiübermacht nachzugeben und das Haus zu verlassen. Während der Verhandlungen, wurden drei Freunde von uns, die sich außerhalb des Gebäudes aufhielten, unter fadenscheinigen Begründungen verhaftet, mißhandelt und drei Stunden der Freiheit beraubt(Polizei - revier Turnerstraße). Schon während der Verhaftung wurde einem der drei Jugendlichen eine Zigarette am Arm ausgedrückt, seine Brille zertreten und auf den Kopf geprügelt. Im Polizeifahrzeug wurde er aufgrund seiner dunklen Hautfarbe rassistisch beschimpft. Daraufhin verlangte er die Dienstnummer und den Namen des Beamten. Antwort : "Du Ratte, Dir schlag' ich die Zähne aus!". In der Polizeiwache mußten sich die Jugendlichen vollständig entkleiden. Später wurden sie in Einzelzellen gesperrt und nochmals geschlagen ...

Jugendliche verlassen besetztes Haus freiwillig

Freiberger Zeitung

Nachdem uns zugesichert wurde, daß wir unsere Sachen in ein Fahrzeug unserer Freunde verladen können und dann "zur Überprüfung der Personalien" mit auf die Wache kommen müssen, öffneten wir um 14 Uhr die Tür Zuerst brachten wir unsere Hündin samt ihren sechs Welpen in Sicherheit. Unsere Sachen wurden an Ort und Stelle durchsucht. Erst dann durften wir sie ins Fahrzeug laden. Eine Kiste mit Plakaten und Zeitungen wurde sofort beschlagnahmt, ohne, daß dafür Gründe vorlagen. Nachdem wir in verschiedenen Einsatzwagen der Polizei ins Revier Beethovenstraße gebracht wurden, durchsuchte ein "Spezialtrupp" der Polizei das gesamte Haus und Machte weitere Video- bzw. Fotoaufnahmen (schon während der gesamten Aktion wurde fleißig gefilmt).
Im Polizeigewahrsam wurden von uns Beschuldigtenprotokolle wegen Hausfriedensbruchs angefertigt. Außerdem wurden wir erkennungsdienstl. (ED) behandelt(Fingerabdrücke, Fotos).Zwischen 17 und 18 Uhr konnten wir dann das Revier verlassen. Auch die Kiste mit den Pla - katen wurde uns zurückgegeben(O-Ton Polizei :"immer wieder interessant")
Am Donnerstag dürfen wir unsere restlichen Sachen aus dem Gebäude holen. Wo wir in Zukunft wohnen sollen, ist unklar. Fakt ist, daß wir momentan obdachlos sind und daß wir keine Lust haben, diesen menschenunwürdigen Zustand zu akzeptieren. Am Dienstag wird es zu einem Ge - spräch zwischen uns und Herrn Weiß(Wohnungsgesellschaft FG)kommen.
Für uns steht fest, daß wir weiterhin zusammen wohnen wollen und daß wir uns nicht zu"Kriminellen" abstempeln lassen. Sollten die Verantwortlichen der Stadt Freiberg keine Alternative bieten wollen, müssen wir weitere Schritte einleiten, um unser Recht auf Wohnraum durch - setzen zu können.
Wie wir und unsere Bekannten durch Gespräche mit der Freiberger Be - völkerung erfahren konnten, herrscht allgemeines Unverständnis über die Vorgehensweise der städtischen Verantwortlichen und der Polizei.
Wir bitten daher alle FreibergerInnen ihre Solidarität mit uns gegen - über den Verantwortlichen zum Ausdruck zu bringen und dem Starrsinn im Rathaus entgegenzuwirken.

Für eine gemeinsame Zukunft

Die BesetzerInnen

– Verhandlungen führen zu friedlichem Ende

WAS SIE SCHON IMMER ÜBER SEX WISSEN WOLLTEN, DOCH NIE IN ERFAHRUNG ZU BRINGEN WAGTEN. (EIN VORSCHLAG)

I. VORAUSSETZUNGEN EINES DISKURSES

Kermit beklagt zurecht die in unserer Schrift „Transparenz in der Zensur bleibt Zensur der Transparenz" vorhandene polemische Ebene. Wir empfinden diese jedoch in Zeiten der „Lethargie & Ignoranz" als nötig, um überhaupt Widerspruch/Anerkennung zu ernten und gleichzeitig als Würze von Texten (wie er anscheinend auch). Es sollte dabei das Bemühen spürbar sein, nicht persönlich diffamierend zu werden, nur inhaltlich provokant zu bleiben. Die Überschrift „Kermit, der Frosch" war z.B. vielleicht mißraten (Sorry!). Wenn wir die Behauptung aufstellten, daß du, Kermit, nach dem Einspruch der FrauenLesben aus Hamburg, eine, sagen wir, vorsichtigere Gangart einschlugst, so glauben wir tatsächlich, daß Angst vor (teilweise berechtigten) Einsprüchen von radikalfeministischer Seite seine/deine Schreibe beeinflußte. Das dieser Diskurs über Sexualität in der radikalen Linken nur unter Benutzung von Pseudonymen geführt werden kann ist unserer Meinung nach nicht durch herrschende Repressionsmaßnahmen zu begründen, sondern auch der Furcht vor affektgeladenen Taten neurotischer Opfer/Täter geschuldet. Das wir für ihn/dich „Asbach Uralt" - Themen mitaufnahmen (70er Jahre stuff) und verarbeiteten liegt in unserer Annahme, daß die meisten erarbeiteten Errungenschaften linker Theorie & Praxis größtenteils nicht mehr präsent sind. Wir versuchen damit auch kategoriale Problemstellungen für die weniger werdenden Neuen (auch für die vergeßlich werdenden Alten) in der Szene anschaulich zu machen (wir glauben, einen ähnlichen Anspruch bei dir nicht überlesen zu haben).

Es ist durchaus unsere Absicht, eine gemeinsame Diskussion zu führen (überhaupt anzustiften) und wir hatten auch nicht den Eindruck, daß wir die Artikel der Arranca rechtfertigen wollten oder sollten. Im Gegenteil, wir stellten einige zurecht kritisierte Punkte fest und kritisierten selber. Es ging uns klar um die aus unserer Sicht leider typischen Variante des Umgangs mit vielleicht trotz emanzipatorischer Absicht mißlungenen Texten der „eigenen Szene". Statt sie zu zensieren (und dieser Ausdruck wurde von den FrauenLesben aus Hamburg selbst verwandt) gilt es eine Diskussion zu erzeugen und sie gerade zu verteilen. Der Begriff „Zensur" ist historisch vielleicht unglücklich gewählt, soweit er definiert wird als von der „institutionalisierten Herrschaft" ausgehend. Das hier auch in der Szenedebatte um Werte und „Moral" gerade in der immer weniger kategorial hinterfragten p.c.-Norm eine diskurstötende Dominanz von erst kämpfenden, dann rationalisierenden Kräften ausgeübt wird, ist unser Eindruck. Sonst hätten wir uns nicht gemeldet.

Der Diskurs über Sexualität ist nicht von der Machtfrage zu trennen. Diesen Eindruck teilen wir voll und ganz und wir finden bei genauem Lesen unseres Schreibens viele zum Teil herausgehobene Stellen, die diese Meinung zum Ausdruck bringen (schnell Quergelesen, Kermit?). Deine Reihe „Täterentlastung, Relativierung ins Allgemeine, Abschiebung von Verantwortlichkeiten und Rechtfertigung" gehört für uns in die Reihe „Wühlen im gesellschaftlichen und individuellem Schmutz, in Repression, Triebschicksalen, Verkehrungen ins Gegenteil, Abwehr, Fetischismus, Sublimierung, Leugnung, Verdrängung"(aus unserer Schrift in Interim 378). Die selektive Wahrnehmung versteht sich von selbst. Diese ist ja der Schritt

vom physischen Sehen zum psychischem „Blick“. Das heißt, daß wir viele Aspekte Deines Artikels, die wir keiner gesonderten Beachtung schenkten eher nickend teilen, andere fanden wir irrelevant oder als übertrieben wichtig dargestellt (Foucaults Strukturalismus dient unserer Meinung nach übrigens vielfach der Täterentlastung, da die Dispositive der Macht absolute Herrschaft ausüben). Wir haben uns an den Ausblendungen und Widersprüchen zu schaffen gemacht.

II. KERMITS INQUISITORISCHE FRAGEN AN McMURPHY, GESTELLT VON CARRIE

C.: Kermit scheint meine Kritik, selbst wenn sie inhaltlich mit Deiner übereinstimmt eher anzunehmen, wenn es um das FrauenLesben-Papier geht. Mit welchem Recht kritisierst Du eigentlich die Hamburger Frauen? Welche Forderungen stellt Du an die FrauenLesben vom Schwarzmarkt, R.P. McMurphy?



McM.: Kermit behauptet implizit, daß Täter/Opfer Männer an sich kein Recht haben, sich in FrauenLesben-Kämpfe einzumischen. Daran ist was richtig und was falsch. Mann muß differenzieren. Erstens sind wir „Typen“ aus ihrer internen Diskussion sowieso ausgeschlossen und das mit Recht. Zweitens besitzen sie ihre eigenen Zirkularien und ich würde einen Teufel tun und dort hineinfuschen. Aber ab dem Moment, wo Sie in gemischtgeschlechtliche Räume treten und unser Verständnis oder aktive Solidarität für sich einfordern, stelle ich mein Hirn an und nicht ab. Das ist für mich Solidarität: Kritik zu üben, Gedankengänge und Taten nicht unkommentiert zu lassen; das ist für mich oft die einzige Möglichkeit den Kampf solidarisch mitzuverfolgen. Ein Beispiel für eine echt kaputte Entwicklung stellt für mich der Diskurs über „Emma“ oder die häufig und lang unhinterfragte Hinnahme der biologistischen Begründungen der Überlegenheit des weiblichen Geschlechts dar. Wer dort Widerspruch wagte, zudem als Mann, erntete Blicke ... und nun sage mir jemand, daß der weibliche Blick keine Macht enthält. Ernsthaft wurde und wird behauptet, daß das (paläo-)matriarchale Jahrtausend ein vernünftigeres und friedvolleres war, da Frauen per se die „gefühlvolleren, die verständnisvolleren Menschen qua Geburt“ seien. An dieser Stelle freue ich mich über die Renaissance der Vernunft, die mit Namen wie Judith Butler oder Jessica Benjamin aber auch Klaus Theweleit, zusammenhängt. Meine Forderung? Abschied nehmen von den Begründungen, die die Geschlechtertrennungen und -verhältnisse biologistisch oder idealistisch mit den Sprachregelungen „Ich, als Frau“, „der Mann an sich“ oder ähnliches Dummzeug untermauern und ihrerseits in der Dominanz eine lebendige Diskussion über die sozialen, kulturellen Herrschaftsformen verhindert.

C.: Wenn Du Dich zu Wort meldest, wie gehst Du mit deiner privilegierten Stellung als Mann in diesem Diskurs um?

McM.: Kermit schreibt nicht zu unrecht von der strukturellen Machtausübung durch Männer. Doch hierbei muß im Blickfeld bleiben, ob der Dialog gewünscht

ist und in welchem Rahmen unter welchen Gesetzmäßigkeiten er stattfindet. In einer verbalen Diskussion ist es in meiner Erfahrung sehr viel schwieriger diese strukturellen Privilegien zu meistern. Das Problem stellt sich dabei sozialisationsbedingt für beide Geschlechter. Tonfall, Lautstärke, gelernte und erprobte Präsenz, Redefluß und Rhetorik sind in einer patriarchalen Gesellschaft massenhaft beim Mann Machtmittel struktureller Art. In der schriftlichen Variante ist das Verhältnis ausgeglichener, wenn auch nicht unproblematisch. Wenn ein FrauenLesben-Papier in einem gemischgeschlechtlichen linksradikalem Blatt auftaucht sollte auch männlich-sozialisierte Kritik erlaubt sein. Dennoch erleichterte es mich, daß Papier mit Dir gemeinsam gestrickt zu haben, da immerhin „Vernunft als männlich an sich", also das umgekehrte Dummzeug in unserem Papier nicht unbewußt mitschwingt.

C.: Eine der Kerneinwände Kermits ist der andere Zugang zur Sexualität, einmal männlich, einmal weiblich? Ist das kein Problem für uns, für Dich?

McM.: Ein Diskursproblem. Also, entweder mann/frau wählt für dieses Thema einen geschlossenen Diskurs, einen rein feministischen nur unter Frauen oder einen in der Männergruppe. Dann werden die heiklen „dunklen Seiten" hoffentlich darin diskutiert. Wer einen gemischtgeschlechtlichen Diskurs wünscht, sollte sich im Vorfeld, aber das gilt auch für den geschlossenen, in mehreren Treffen über die vielbeschworene Diskursethik unterhalten. Also über die Rahmenbedingungen des Umgangs miteinander, über die unterschiedliche Motivation und Zielvorstellung, übers Rederecht, Umgang mit Affekten, etc. Das war unser Vorschlag in unserem Papier, aber den Diskurs auch ins Peinliche hinein zu führen. Es fällt in meinen Augen allen schwer über die eigene meist kaputte Sexualität zu reden und aus diesem Reden dann auch noch emanzipatorische Handlungselemente zu folgern und dann folgen zu lassen.

C.: Wir haben ja auch noch nicht in der Interim veröffentlicht, was mit uns los ist. Da hat Kermit mit seiner Frage nach den kategorialen Rahmenbedingungen doch Recht. Haben wir nicht auch Angst für unsere Formen der eigenen sexuellen Geschichte von anderen „zerrissen" zu werden?

McM.: Bestimmt. Aber das ist es ja gerade, was wir beklagen. Was nicht heißt, daß wir uns abkoppeln müssen von unseren Erfahrungen und diese nicht einfließen zu lassen. Mich hat das reine Theoretisieren schon gestört. Wo lebt Kermit, doch nicht nur in „Strukturen". Er schreibt, daß wir das Beispiel Aids wohl nur gebracht hätten, um mal was „Praktisches" von diesem „Theorie-Hansel" zu hören. Da ist was dran, aber nicht, um dann nur „Gesellschaftliches" zu lesen - da geht er echt kein Risiko ein. Das Private ist politisch und doppelt moralisch bei Linksradikalen, aber natürlich auch bei mir. Wir haben Aidskranke im Freundeskreis und das unglaublich traurige an Diskussionen über das „weshalb, warum ich und wie geh ich damit um" war, daß wir nur unheimlich schwer über unsere mangelnde Vorsorge, die leichtfertige Verdrängung der tödlichen Gefahr reden konnten, zumindest bis die Krankheit ausbrach. Auf die einfache Frage, ob jemand einen Aidstest gemacht hatte, wurde mit „Jaja" das hieß zu 80 % nein, oder mit einem zerknirschten „Ne", verbunden mit einem sich in der seelischen Qual windenden Blick, geantwortet, beidgeschlechtlich. Das Reden über das Intime/Bedrohliche vor oder nach dem Sex fiel der aktiven Verdrängung meist zum Opfer, auch meiner. Ich für meine Person sehe das nicht ein, ich leide nicht gern und ich sehe auch nicht gerne zu, wenn jemand durch mich leidet. Wir müssen da raus.

C.: Du erinnerst Dich bestimmt an unseren gemischtgeschlechtlichen (Hetero-) Versuch kürzlich an einem WG-Tisch das Thema „emanzipatorische Rahmenbe-

dingungen für Sex" anzuschneiden. Es war eine schamvolle Erörterung der hygienischen Mängel bei Männern, die übereinstimmend als waschfaul und damit strukturell immerhin als „Männer müssen eben nach Schweiß riechen"-kolporteure entlarvt wurden. Aber über Herrschaftsverhältnisse gemischtgeschlechtlich offen zu reden war zumindest in diesem Zusammenhang unmöglich. Gibt Dir das nicht zu denken?

McM.: Den Versuch war es wert. Der Diskurs hatte den Fehler, das wir uns nicht zur Erörterung dieses Themas getroffen hatten, sondern ein gemeinsames Essen voranging. Nach einigen Wein und `nem Joint versuchten wir das Wagnis. Aber was nicht verbalisiert wurde stand doch allen Beteiligten in den Gesichtern. Einige Drogen mehr und wir hätten den Durchbruch zu den Herrschaftsverhältnissen schon geschaft. Und in dieser Stinktierdebatte war ja auch ein Herrschaftselement klar enthalten. Dennoch war ich froh, als die Kurve wieder zu leichteren Themen kam, denn ob wir die Affekte noch im Griff gehabt hätten, wage ich zu bezweifeln.

C.: Letzte Frage. Kermit fragt Dich, ob Du schweigst, wo Du dem feministischen Kampf im Wege stehst?

McM.: Schwierig die Frage so zu beantworten, daß weder der Eindruck entsteht, daß mann alle Fragen für sich schon gestellt hat, noch nur doof zu glotzen. Die Frage ist dermaßen unpräzise. Klar bin ich Herrschaftsträger, äh, und Du trägst sie mit. Wie war doch die Frage? Sobald sie genauer definiert ist, fällt mir bestimmt was dazu ein. Würde ich von einer Bewerbung absehen, wenn eine gleich-qualifizierte Frau sich der gleichen Qual aussetzen möchte?

C.: Nein. Es geht um deine Motivation?

McM.: Ich bin viele. Da stecken bequeme Schweine in mir wie auch das Gerechtigkeitssüchtige Kind. Mit wem möchtest Du reden?

C.: Mit einem Schwein.

McM.: Ohne Kampf geht es nicht. Ich stell' mich bestimmt auch quer, wenn ich glaube, frau glaubt aus Naturrecht Gleichberechtigung einfordern zu können. Meine Form von Herrschaftsausübung ist sicherlich das „halbe Ohr". Thomas Ziehe schreibt im Zusammenhang des Umgangs der postmodernen Eltern mit ihren Kindern von „halbierter Daueraufmerksamkeit". Der Begriff trifft es auch bei mir. Also wohl hören und nicken, aber keinerlei Taten folgen lassen bis ein Aufstand losbricht, ohne diesen geht es nicht. Der Kampf um Anerkennung ist ein Kampf, kein Geschenk.









III. DER AUTORITÄRE CHARAKTER UND DIE NEUEN STRUKTUREN

(R.P. McMurphy hat genug geredet, alles weitere von Carrie, mit Feuer!)



Kermit fragt, ob denn die alten „autoritären" Machtstrukturen wirklich wegbrechen. Ja, sie sind dabei, werden aber nie zur Gänze verschwinden - das heißt nicht, daß es nicht neue gäbe. Es ist auch keine Frage von besser oder schlechter als vorher, das wird erst die Entwicklung zeigen können. Die Desoziabilisierung, nicht Individualisierung (wie dieser unerträgliche SPD-Haussoziologe Ulrich Beck dahersabbert, er möge im Qualm ersticken), ist die Folge des Zusammenbruchs der Kleinfamilie. Einher geht die Sehnsucht der Vereinzelten nach Zusammenhalt, was die Rattenfänger auf den Plan ruft. Der neue Narziß ist in seinen Objektbeziehungen gestört und ist als Psychoklasse dem heutigen kapitalistischen System besser angepaßt. Der alte Familienherrscher hat Verzicht gepredigt, den sogenannten Gratifikationsaufschub. Der neue Narziß ist schwer verunsichert und versucht sich mittels der Erotik der Waren/Frauen, bei Pseudogenuß dieser zu stabilisieren. Sein Kampf um Anerkennung läuft über Besitz und sofortigem Konsum. Bei Echo, um den Counterpart weiblich mal einzuführen, geht der Kampf um Anerkennung vielfach in einen Kampf um Ausdruck an sich über. Alles nähert sich der Prognose von Marquis de Sade, der in seiner „Philosophie im Boudoir" den Endpunkt des kapitalistischen Systems ungefähr so charakterisierte: Die Zerstörung des Paternalismus und die Unterordnung aller gesellschaftlichen Beziehungen unter den Markt beseitigt die verbliebenen Hemmungen und der Krieg aller gegen alle wird in seiner ganzen Brutalität hervortreten. In einem daraus hervorgehenden Zustand organisierter negativer Anarchie wird Vergnügen zur einzigen Lebensbeschäftigung. Im Kapitalismus laufen letztendlich alle „Freiheiten" auf die universelle Verpflichtung hinaus „zu genießen oder genossen zu werden". Wobei im Patriarchat die Rollenverteilung auf der Hand liegt. Echo wird von Narziß massenhaft versklavt, der Rollback hat einen Vater und einen gestörten Sohn, beide sind gemeingefährlich, wir werden verbrennen. „Moral"? - Kermit, aber auch McMurphy, die ist nicht der Analysepunkt, eine idealistische/-ideologische bürgerliche Kategorie.

IV. ECHO GEFÄLLT SICH IN DER OPFERROLLE, DIE IST SO REIN WIE DAS FEUER.

Echo erkennt sich nur darin wieder, in welchem Maße sie Ödipus und Narziß erhitzen. Sie leugnet dabei auch noch diese Abhängigkeit und verfängt sich in der Daueranklage, die die wechselseitige Bestimmtheit dieser asymetrischen Beziehungskonstellation außer Acht läßt. Erst wenn Echo ihre Qual ausdrücken gelernt hat und die Determinanten des ungleichen Spiels aggressiv zerstört, dabei die eigene Rolle in der Reproduktion dieses Machtverhältnisses dekonstruiert, werden emanzipatorische Möglichkeiten frei. Der feministische Befreiungskampf muß von Frauen geführt werden und er führt auch zu einem unversöhnlichen Kampf gegen Noltes, Süsmuths, Schwarzers. Das „Kill yr. Idols" kann und muß auf

unserer Seite auch mit Simone de Beauvoirs und Luce Irigarays biologistischen Begründungen vernichtend umgehen. Ach ja, die Gefahr sich einen eigenen Ausdruck zu erwerben geht mit dem Risiko einher, „Nicht-Anerkennung" zu ernten und ich zittere täglich. Lieber werde ich von vernichten wollender Kritik von Papas, Söhnen und Mama/Echos getroffen als mich in Verzicht zu üben und im Nichts, im Wasser zu ersaufen. Lieber bin ich von Narziß entflammt und zeige ihm die Fackel, auf das er meine Hitze spüre. Brennen muß Salem. Solidarität von Männern ist eine auf ein imaginäres Emanzipationspotential der Männer rekurrierende Größe. Das heißt nur Männer, denen das ganze Ohr freigepustet ist, taugen. Sie sind nur als „Partner" bei mir erwünscht, wenn ich spüre, daß deren kognitives Verhaltenwollen, durch eigene Affekte und einer spürbaren Qual an eigenem Verhalten sie über das Maß an Verunsicherung auch zu einem eigenständigen Denkprozeß anleitet. Ansonsten sind mir klare Gegner lieber als postmodernes Gewäsch von „wir sind doch alle gleichberechtigt" oder Schweigen.

V. SCHEISS AUTORITÄR

Kermit. Frauensolidarität ist kein Wert an sich. Sie ist nur unter ähnlichen Bedingungen möglich, die ich bereits in bezug auf Männer nannte. Die FrauenLesben aus Hamburg haben eine lange Begründung ihrer Handlungsweise geschrieben und das find ich Klasse. Sie haben sich um Ausdruck in einem halböffentlichen Raum bemüht und unsere/meine Kritik ist Anerkennung. Die Opfer dieser Gesellschaft sind nicht, wie richtig von dir festgestellt, frei von Fehlschlüssen oder regredieren gerne in affektgeladene monokausale Erklärungsmuster, die sie von jeder Reproduktionsmacht freisprechen. Klar ist da vielfach eine einfache Unterscheidung zu treffen, dennoch ist die Differenzierung die eigentliche Kunst. Wenn ein verantwortungsloses Sackgesicht seine Machtmittel (Kraft, Blick, Schweiß, Tötungsdrohung) in die Waage wirft und Frau zum Sex nötigt ist das eine Vergewaltigung und er soll und muß im Feuer seiner Tat Dauerqualen erleiden, wenn nicht freiwillig, dann muß frau und „Partner" halt nachhelfen. Er ist Täter. Er muß begreifen und fühlen (lernen), was er angerichtet hat. Unsere Schmerzen müssen sich rückkoppeln, er muß sie sehen und fühlen. Eine meiner Erfahrungen aus Frauengruppen lautet: und die Frauen gehen zu ihrem Unterdrücker zurück 5x oder 6x oder wechseln nur die Stadt, um dem nächsten Tyrann zur Verfügung zu stehen, auch da ist Lernbedarf. Es gibt keine Alternative zu einem Lernprozeß hin zur Sensibilität und Ausdruck. Um dahin zu kommen braucht es den Faktor Zeit. An diesem mangelt es an allen Ecken und Bettkanten. Wer die Kategorien von sowas wie emanzipatorischen Sex ausloten will ist zur Entschleunigung von Affinitäten gezwungen und zur Kontrolle (Selbstdisziplin) von Affekten/Gier. Die Altgier (ein wunderbarer Ausdruck von Klaus Theweleit) muß der Neugier weichen.

VI. MÄNNERANSÄTZE GIBT ES KAUM, WARUM AUCH?

Warum sollten die Nutznießer der patriarchalen Strukturen eigene Ansätze zur Befreiung ihrer Opfer entwickeln? Entwirft die Adenauer-Stiftung Modelle zur Befreiung des Proletariats? Welche Rolle haben linke Männer in diesem Diskurs? Ein Anfang der siebziger Jahre-Frauenbewegung waren Alice Schwarzers Interviews mit Frauen. Ein Vorschlag wäre ähnliches mit Männern zu probieren, denn ihre Einsichten folgen über dieses „intersubjektive Einfühlen des (unbeabsichtigt) angerichteten Schmerzes". McMurphys gerechtigkeitssüchtiges Kind begreift hier und

da, wo das Schwein Handlungsträger ist. Das endet vielfach in reinen Konfliktvermeidungsstrategien. Bis das Kind zu einem verantwortungsbewußten sensiblen Handlungsträger gereift ist, werden noch eine Vielzahl an kaputten Kompensationsentwürfen seine Handlungen bestimmen. Ein typischer Männeransatz und der ist scheiße. Wenn ich darauf warten würde bis Männer aus „Selbsteinsicht" mir großzügig das Terrain bereiten ...!

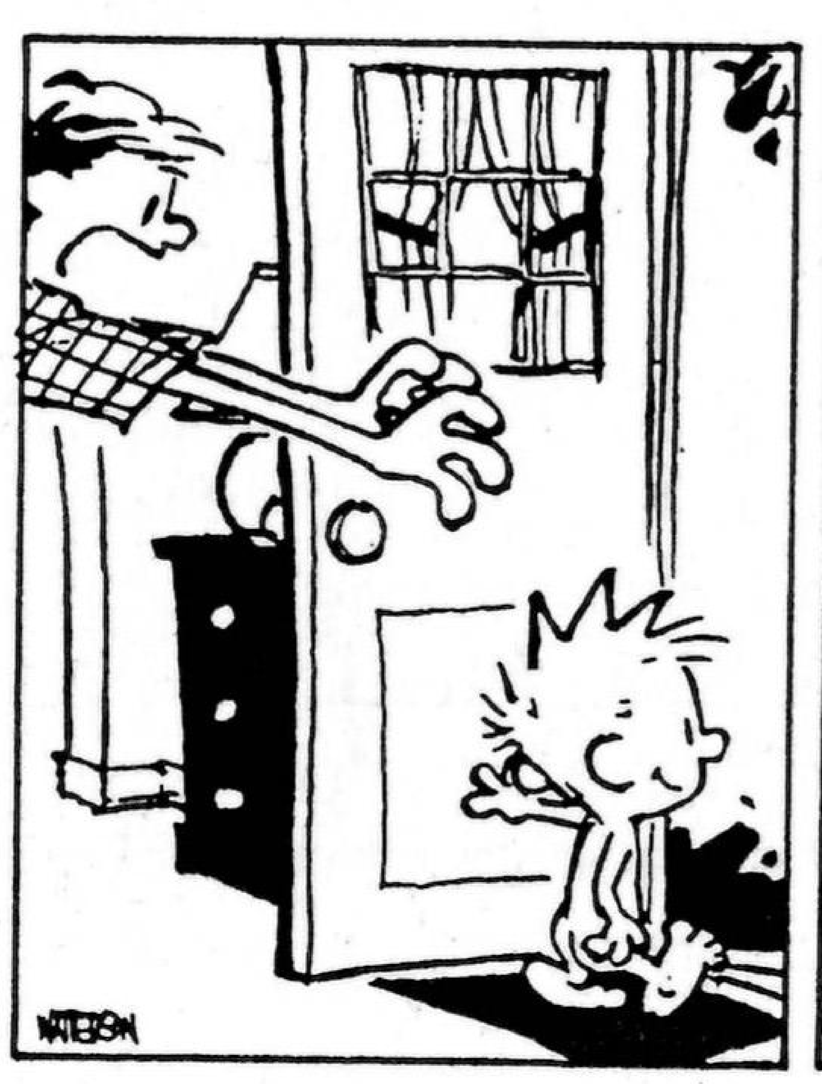
Dennoch ist auch McMurphys Sexualität eine Geschichte von Deformationen durch Macht. Entweder durch Angebote zur Partizipation an dieser oder durch autoritäre Ausnutzung, erlernt von Mama/Papa und den Erziehungsorganen. Der Unterschied ist hier klar sozialisiert und patriarchal strukturiert. Hieraus resultiert der unterschiedliche Zugang zur Sexualität. Die Lust des Mannes wird desoziabilisierend gefördert auf Kosten einer gemeinsamen Sexualität. Sie ist hedonistisch atomisiert und konstruiert. Die Perspektive ist ja das intersubjektive Anerkennungsverhalten vor, während und nach dem Sex. Die andauernde Reproduktion der „sexuellen Klassik" gewährleistet immerhin eine wechselseitige, wenn auch asymmetrische Anerkennung in bestehenden und gesellschaftlich geforderten Rollen. McMurphy ist deswegen noch lange nicht glücklich und ich automatisch unglücklich. Bei McMurphy ist wenigstens ein Stachel des Widerstands erkennbar und er hat den Schmerz (meinen und damit teilweise seinen) selbst gespürt und nach Auswegen gesucht. Wer behauptet denn, daß wir einseitig den weiblichen Sex analysieren wollten, Kermit? Ich glaube, da liegt was im Auge des Betrachters. Es ist dein Blick, der das in unserem Text gelesen hat. Die Psychoanalyse eines solchen Blickes legt die Prognose nahe, daß du in der Verkehrung unserer These deinen Blick sogar erleichtert auf das einseitig Unmögliche lenkst, um nicht von deiner männlichen Sexualität sprechen zu müssen, Theorie-Hansel, du. Weibliche Sexualität sollte als Thema nur nicht künstlich ausgespart bleiben. Ich wäre froh, wenn dieser Diskurs von Frauen geführt würde in welchem Zusammenhang auch immer, je nach Mut und Rage. Ein gemischter Dialog kann nur auf gegenseitigem Einverständnis passieren. Und ich bin rasend gespannt auf erste Bekenntnisse deiner Männergruppe, Kermit, aber bitte nicht nur Zitate von Frau French und Monsieur Foucault.

(voller Feuer, aber ohne Leidenschaft. Für eine dekonstruktive Auseinandersetzung mit Bezug zueinander.)
Mit hoffentlich entflammenden Grüßen ...

Carrie









Anmerkungen zum Text „Die saubere Revolution findet nicht statt! (Interim 382, S. 14/15)

Zunächst eine Kritik an die Interim-Redaktion. Es ist ja schön, wenn Ihr Bleiwüstentexte durch ein Layout auflockert. Wenn aber dadurch der Text teilweise nicht mehr lesbar ist, ist doch die Frage, ob Euch der Text so gestört hat. Dann hättet Ihr das aber gleich so begründen sollen.

Nun zum Text selber:
Kritiklos wird da die Revolte der Massen beschworen. In Sätzen wie: „....Denn der Müll weiß überhaupt nicht, wie man sich 'politisch korrekt' wehrt, und noch weniger, will er sich von linker Moral kanalisieren oder gar instrumentalisieren lassen. Wenn es erst einmal so weit ist, daß die Neokannibalen die Straßen unsicher machen, dann gerät die Linke ganz schön in die Zwickmühle..."
Wer erinnert sich da nicht an die deutschen Volksaufläufe im NS und die Pogrome nach 1990ff. Welche Geschichtsvergessenheit von den AutorInnen des Textes, vom Knacken der „Zivilisation" zu sprechen. Denn die Niederlage des NS durch die Armeen der Anti-Hitler-Koalition führten zumindest zeitweise zu einem zivilisatorischen Firnis, der schon längst abblättert. Er aber war für Juden und Jüdinnen, Nichtdeutsche, Schwule und Lesben und auch in geringerem Maße für deutsche Linke lebensnotwendig.
Welche Geschichtsvergessenheit, das Ausleben der Revolte ganz in der Tradition der völkischen Bewegung übrigens, gegen diese Zivilisation zu setzen und zu vergessen, daß es sich hier um eine deutsche Revolte handelt. Menschen mit Punkoutfit, die wie in Hannover geschehen, Kneipen von Schwulen und Lesben angreifen, besetzte oder ex-besetzte Häuser demolieren, sich ohne Rücksicht auf die BewohnerInnen ganz selbstverständlich als die Herren (es sind überwiegend Männer) aufführen, verdienen keine Vorzugsbehandlung . Im Übrigen haben schon in den 80er Jahren die BewohnerInnen der Hafenstraße zu den damals angekündigten Chaostagen in Hamburg und der Selbstverständlichkeit mit denen ungefragt in die Häuser mobilisiert wurde, das nötige in vielleicht, zu drastischen Stil geschrieben.

Merke: Die Spaltung besteht nicht zwischen Punks und Nichtpunks sondern zwischen Sexisten, Faschisten, Rassisten.... in welchem Outfit auch immer, ob mit Glatze, Krawatte oder Nadel im Ohr und den Menschen, die sich bemühen eine emanzipatorische Gesellschaft aufzubauen.
Unsere Solidarität gehört den Opfern deutscher Volksaufläufe, seien es die besoffenen Männerhorden am „Vatertag" oder besoffene Männerhorden an deren alternativen Pedant, den Chaostagen.

Menschen, die in den 80er Jahren nicht zuletzt über den Punk zu politischen Menschen wurden, die aber nicht dabei stehen geblieben sind



LesbenFrauen Veranstaltung gegen Repression und Kriminalisierung am Beispiel 'Radikal' - Verfahren

13. 6. '96: Ein Jahr nach den bundesweiten Razzien wegen Radikal, Aiz, RAF und Komitee tauchen 3 der 4, die wegen der §129/129a-Anklagen im Zusammenhang mit der linksradikalen Zeitung **radikal** abgetaucht waren, nach einem Jahr Flucht wieder auf.
Eine von den Dreien ist Jutta, unsere Freundin und Genossin. Wir freuen uns, daß sie wieder da ist !

extra groß, nur weil sonst so wenig chaos



ca. 200 Frauen und Männer begleiten die drei Wiederaufgetauchten zum Gericht, Bremen, 13.06.96

Was war passiert?
Was ist der aktuelle Stand im Verfahren?
Wie geht es weiter?
Was haben wir damit zu tun?

Ihr seid alle herzlich eingeladen:

Freitag, 19. Juli '96, um 19.30 Uhr ★

Yorckstr. 59, 1. HH, 2. Stock

bis dann!

Papst Johannes Paul II. in Berlin: Die Bilanz

Groß-Einsatz: 33 Papst-Gegner bei Protesten festgenommen

■ *3500 Beamte im Dienst – Kein Haftbefehl erlassen*

Von Walter Scharfenecker

Die Polizei hat bei den Protesten gegen Papst Johannes Paul II. am Sonntag in Berlin 33 Männer und Frauen festgenommen. In keinem Fall reichte das Delikt zum Erlaß eines Haftbefehls aus.

Als der Papst Unter den Linden zum Brandenburger Tor unterwegs war, schrien Demonstranten „Hau ab" und „Fahr zur Hölle". Eine Frau hatte sich ihrer Kleider entledigt und war hinter das Papa-Mobil auf die Fahrbahn gerannt. Sie wurde sofort von Beamten weggebracht. Nicht gefaßte Papst-Gegner warfen Eier auf das Auto des Papstes – ein Ei traf die Rundumscheibe. In einem Fall beschlagnahmte die Polizei ein Transparent, auf denen die Päpste als Mörder bezeichnet wurden. Die Träger des Transparents wurden vorübergehend festgenommen.

Die Polizei hat während des Papstbesuches alle ihr zur Verfügung stehenden Personalreserven ausgeschöpft. Beamte, die an sich frei hatten, mußten zum Dienst erscheinen. Insgesamt waren 3500 Polizisten eingesetzt. Selbst Angehörige der Wasserschutzpolizei mußten an Land gehen und auf der Route, die der Papst zu den verschiedenen Besuchsstationen in der Stadt benutzte, Streckenschutz übernehmen. Am Amtssitz des Bundespräsidenten versahen Polizeireiter ebenso ihren Wachdienst hoch zu Roß wie rund um das Olympiastadion. Während der Kundgebung am Brandenburger Tor hatten Scharfschützen auf dem Wahrzeichen Stellung bezogen.

Zusätzlich zu den beiden Abteilungen der Bereitschaftspolizei mit je 700 Mann und den sieben Direktionshundertschaften wurden aus Beamten der 48 Polizeiabschnitte weitere sieben Alarmhundertschaften gebildet.

Zu tun hatten auch die Diensthundeführer, deren Tiere alle Orte, wo der Papst in der Öffentlichkeit auftrat, zuvor nach Bomben oder Sprengstoff absuchten. Auch die Beamten des Verkehrsdienstes waren voll beschäftigt. So bildete ein Teil der Motorradstaffel den Ehrenschutz des Papstes.

An alle vermummten PfeifenraucherInnen!

Wir wollen am Samstag, den 27. Juli um 13 Uhr anläßlich des intergalaktischen Treffens in Mexico eine Kundgebung in Hamburg vor dem mexikanischen Konsulat machen. Europaweit sind an diesen Tagen Aktionen und Fiestas geplant, um unserer Solidarität mit dem zapatistischen Befreiungskampf Ausdruck zu verleihen. Kommt zahlreich, mit vielen Ideen, Transis, Dingen die Krach und Spaß machen ...
Saludos revolucionarios desde la selva lacandona de Oldenburg - VIVA MARIA!

Viva Maria c/o Alhambra
Hermannstr. 83
26135 Oldenburg
Tel.: 0441/14402
Fax: 0441/2488660

Anti Atom Camp in Morsleben

21. 7. - 3. 8. '96

Atomanlagen sind eigentlich eine feine Sache, denn dort kann mensch nämlich zu bestimmten Zeiten viele nette Leute treffen. So auch im Sommer auf einem Acker gegenüber dem einzigen offiziellen Atommüllendlager Deutschlands: Morsleben. Hier fahren wöchentlich 16 Atomtransporter ein. Kreative Menschen werden hier sicher keine Langeweile bekommen.

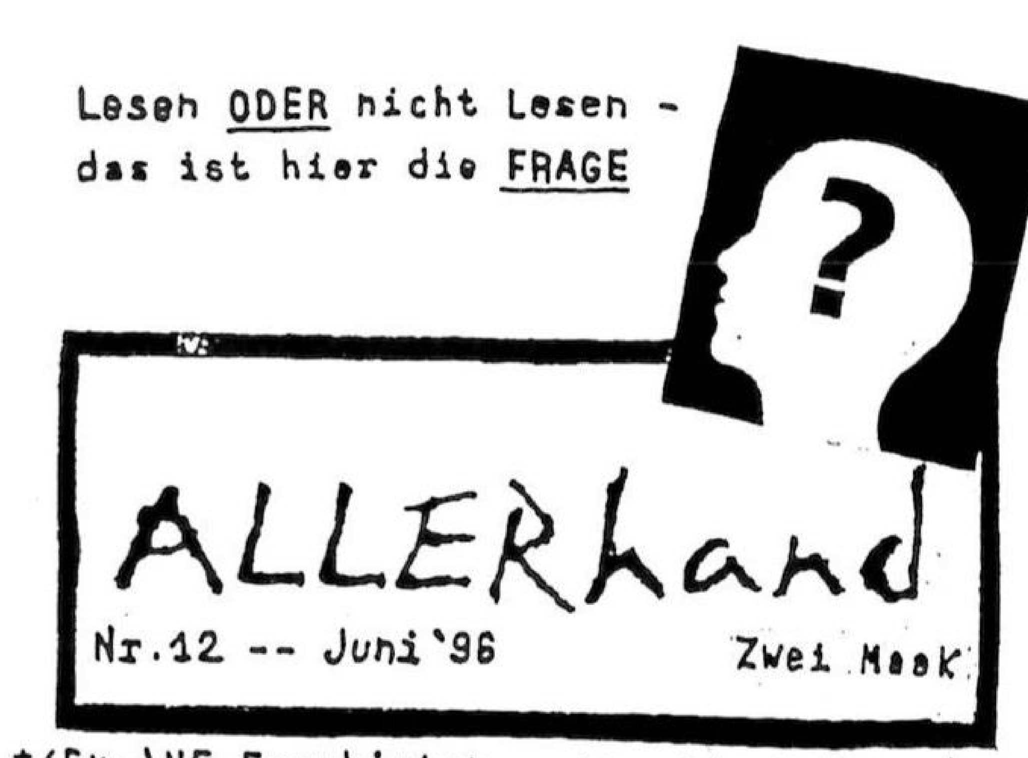
Kommt alle!



Inhalt u.a.: 1945 - Das Beispiel Italien, Olympia 1936, Soldaten sind Totschläger (NATO-Tagung und Gelöbnis), Geschichte der Schrippenkirche, Atomwirtschaft geht nach Osten, Abhörratgeber, Hochschulmißbrauch, Proteste gegen Kürzungsorgie u.v.a.m. .....

Ihr könnt die WNZ abonnieren, indem Ihr uns 15,- DM in Briefmark oder Geldschein schickt. Adresse: WNZ-Redaktion, Sparrstr. 21 13353 Berlin

Lesen ODER nicht Lesen - das ist hier die FRAGE



*(Ex-)NF-Faschisten
*Landesverfassung M/V
*Briefe zu Kurdistan
*und anderes mehr

Abo für 6 Ausgaben kostet 20,-
in ALLERhand
c/o Infoladen Stunk
Postfach 101117
17019 Neubrandenburg

SOLIPARTY

für die Angeklagten der GELÖBNIX- und ANTI-NATO-DEMO

Thommy Weißbecker Haus

Samstag
13.07.96
20.00 Uhr
Wilhelmstraße 4
Berlin-Kreuzberg

LIVE UND GUT

Die Bertelsmänner
u.a. Musikanten
danach dann
Party mit
DJ Snoops
DJ Svenonious
(alternativepunkpoptriphop)

Kampagne gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär — Anti Nato Gruppe Berlin





SOLIPARTY

UNAPPETITLICHES PACK

PEACEMÜSLIS

MUCKE: SKAHARDCOREHIPHOPPUNK

BERUFSCHAOTEN

STOPP CASTOR

Wenn Ihr unser Leben nicht achtet achten wir Eure Gesetze nicht!
Atomtransporte stop
ir stellen uns quer!

PASS

SPANNUNG

UNTERHALTUNG

AUSSERDE
INFOS & FILME ZU GORLEB

EINTRITT: 4,-

Fr., 19.7. ab 21.00 Uhr

★ in der KØPI 137 ! ★

für die Republik Freies Wendland !